

Albrecht Philipps Memoiren

Die Geschichte der Deutschnationalen Volkspartei aus der Perspektive eines sächsischen Reichstagsabgeordneten

VON RALF GEBEL

I. Zur Bedeutung der Memoiren Albrecht Philipps

Albrecht Philipp, Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages 1919–1930 für Leipzig, gehört nicht zu jenen Politikern der Weimarer Republik, die heute noch einem größeren Personenkreis bekannt sind. Er war nie Minister, bekleidete auch sonst kein hohes Regierungsamt und zählte nicht einmal zu den besonders herausragenden Vertretern seiner Partei, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Dennoch sind Philipps Memoiren ein bedeutendes zeitgeschichtliches Dokument.

Bis heute gibt es keine umfassende Gesamtdarstellung der Geschichte der Deutschnationalen Volkspartei. Auch Philipps Memoiren genügen diesem Anspruch nicht, wenngleich der Verfasser einleitend darauf hinweist, daß er es sich zur Aufgabe gemacht habe, „in großen Zügen die Geschichte der Deutschnationalen Volkspartei in dieser kritischen Zeit darzustellen.“ Philipp wollte damit an die Arbeit von Kuno Graf von Westarp, von Februar 1925 bis Dezember 1929 Vorsitzender der DNVP-Reichstagsfraktion, über „Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches“ anknüpfen.¹ Die von Westarp selbst geplante Fortsetzung dieses Werkes wurde jedoch nie fertiggestellt. Das, was Westarp noch zu Papier gebracht hatte, wurde von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegeben;² hieran schließen sich die Erinnerungen Philipps an.

Eine vollständige Darstellung der facettenreichen Politik der DNVP hat Philipp jedoch nicht geschrieben. An anderer Stelle charakterisiert der promovierte Historiker das Ergebnis seiner Bemühungen treffender: „Das Ganze wirkt aus der Schau eines einzelnen Schlaglichter auf Anfänge, Aufstieg, Höhepunkt und Zerfall

¹ Vgl. KUNO GRAF VON WESTARP, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, 2 Bde., Berlin 1935.

² Vgl. DERS., *Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*, bearb. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (*Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Bd. 10), Düsseldorf 2001.

dieser großen Rechtspartei.³ Philipps Aufzeichnungen sind eine Quelle, die zahlreiche weiterführende Hinweise für alle bietet, die sich künftig mit den Deutsch-nationalen zwischen 1918 und 1933 beschäftigen werden.

Tatsächlich war die DNVP, wenn man einmal die NSDAP außer Betracht läßt, nicht nur eine große, wie Philipp schrieb, sondern die größte Rechtspartei der Weimarer Republik. Bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 erhielt sie 20,5% der Stimmen und 106 Reichstagsmandate – und war damit gemeinsam mit dem Landbund (2,0% und 10 Mandate) zur stärksten Fraktion im Parlament überhaupt geworden. In diesem Sinne sei das von Philipp auf die DNVP angewandte und hier übernommene Attribut „groß“ verstanden. Sogar die Sozialdemokratie wurde 1924 von rechts überflügelt – sie hatte bei den Reichstagswahlen am 4. Mai nur 100 Mandate erringen können. Um so mehr erstaunt der „relative lack of interest by historians in conservative politics“⁴ für die Zeit der Weimarer Republik. Christian Trippe, der letzte Autor einer umfangreicheren Studie über die DNVP, hat zwar zurecht darauf hingewiesen, daß der Stand der Forschungen zur DNVP alles in allem nicht so unbefriedigend sei, wie mehrere Autoren noch wenige Jahre vor ihm behauptet hätten.⁵ Doch neben dem ohnehin unbestrittenen Desiderat einer Gesamtdarstellung der Parteigeschichte gibt es auch noch umfangreichen Forschungsbedarf zu einzelnen Bereichen deutschnationaler Politik in der Weimarer Zeit und zur Struktur der Partei.⁶ Dies gilt vor allem für die mittlere Phase der Parteigeschichte, also etwa von 1924–1930, für die bis heute kaum Untersuchungen vorliegen.⁷ Gerade hier liegt aber schon allein deswegen ein Schwerpunkt der

³ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im folgenden: SächsHStA Dresden), Nachlaß Philipp: ALBRECHT PHILIPP, Erinnerungen, 5 Bde., hier: Bd. 3, Vorbemerkung, S. II.

⁴ BEN LIEBERMAN, Turning against the Weimar Right. Landlords, the Economic Party and the DNVP, in: *German History* 15 (1997), S. 56–79, hier S. 56.

⁵ Vgl. CHRISTIAN F. TRIPPE, Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 105), Düsseldorf 1995, S. 17. Trippe bezieht sich dabei auf MARTIN VOGT, Parteien in der Weimarer Republik, in: *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, hrsg. von Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen, Bonn 1988, S. 157. Ähnlich wie Vogt urteilte aber auch EBERHARD KOLB, *Die Weimarer Republik*, München 1988, S. 170 f.

⁶ In diesem Sinne zuletzt WOLFRAM PYTA, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verstärkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 106), Düsseldorf 1996, S. 27. Pyta vermißt v. a. das Fehlen einer Regionalstudie über die DNVP auf dem Lande, wo die Partei ein besonders großes Wählerreservoir hatte. Erste Ansätze hierfür bietet KYRA T. INACHIN, Die DNVP Pommerns im Spannungsfeld Adel-Gesellschaft-Staat, in: *Szlachta-społeczeństwo-państwo między Warmia a Rugia w XVIII–XX wieku. Praca Zbiorowa pod Redakcją Mieczysława Jaroszewicza i Włodzimierza Stepińskiego*, Szczecin 1998, S. 95–108. Über die DNVP in Großstädten liegen immerhin zwei Spezialstudien vor: REINHARD BEHRENS, *Die Deutsch-nationalen in Hamburg 1918–1933*, Phil. Diss. Hamburg 1973 sowie Gisbert Jörg Gemein, *Die DNVP in Düsseldorf 1918–1933*, Phil. Diss. Köln 1969.

⁷ Vgl. KOLB, *Weimarer Republik* (wie Anm. 5), S. 170. Eine Ausnahme ist die ungedruckte Dissertation von Manfred Dörr, die jedoch nur über eine sehr schmale Quellen-

Darstellung Philipps, weil er 1930, nach der innerparteilichen ‚Machtergreifung‘ Alfred Hugenbergs, aus dem Reichstag ausschied und sich aus dem politischen Leben zurückzog.

Philipps „Erfahrungen als Abgeordneter“⁸ sind aber auch deswegen lesenswert, weil sie interessante Einblicke in die Geschichte des Reichstags während der Weimarer Republik bieten. Aus der Perspektive des einzelnen Abgeordneten wird dem Leser gleichsam ein Stück parlamentarischer ‚Alltagsgeschichte‘ nähergebracht. Philipp, der von 1919 bis 1930 DNVP-Abgeordneter für den Wahlkreis Sachsen 2 bzw. Leipzig war, kann als ein leidenschaftlicher Parlamentarier bezeichnet werden. Zwischen 1921 und 1930 gehörte er als Schriftführer auch „dem ‚Vorstand‘ und damit dem Präsidium des Hohen Hauses“ an. Dies habe, wie er bemerkte, seiner „Neigung, der technischen Seite des Parlamentsbetriebes besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden“, entsprochen.⁹

Seine wichtigste Aufgabe im Reichstag fand Philipp indes als Vorsitzender des parlamentarischen „Untersuchungsausschusses über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs 1918“, einem von vier Unterausschüssen des großen Parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage, der zwischen 1919 und 1928 tagte und dessen Ergebnisse von Philipp in zwölf umfangreichen Bänden herausgegeben wurden.¹⁰ Die Tätigkeit des von Philipp geleiteten Untersuchungsausschusses führt in das Herz der politischen Debatte der Weimarer Republik: Es ging um nichts Geringeres als um die parlamentarische Auseinandersetzung mit der ‚Dolchstoßlegende‘, die die Weimarer Republik seit ihrer Gründung belastete. Neben der Frage nach der Schuld am Kriegeausbruch 1914 beschäftigte keine Debatte die politische Öffentlichkeit der Weimarer Republik so sehr wie die Frage nach den Ursachen von Niederlage und ‚Zusammenbruch‘ 1918.

Philipp war außerdem 1925 Vorsitzender des sogenannten Aufwertungsausschusses, der sich mit den Folgen der Inflation befaßte und einen gerechten Ausgleich für die Inflationsgeschädigten zu finden hatte – auch dies war ein Thema, das in der Öffentlichkeit damals ausgesprochen große Beachtung fand.¹¹

Philipp war also ebenso ein versierter Abgeordneter und intimer Kenner der parlamentarischen Arbeit wie ein engagierter ‚Parteisoldat‘ und Wahlkämpfer, der seine Erlebnisse wie auch die politischen Akteure aus seinem Umfeld plastisch darzustellen vermochte. Besonders eindrucksvoll ist etwa seine Schilderung des

basis verfügt; vgl. MANFRED DÖRR, Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928, Diss. Marburg 1964.

⁸ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, Vorbemerkung, S. II.

⁹ Ebd., S. 104.

¹⁰ Vgl. Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Vierte Reihe im Werk des Untersuchungsausschusses. Im Auftrag des Vierten Unterausschusses herausgegeben von ALBRECHT PHILIPP, M.d.R., Vorsitzendem des 4. Unterausschusses, Berlin 1925–1928.

¹¹ Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 67 ff. Zur Politik der DNVP in der Aufwertungsfrage vgl. auch DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 325 ff.

Wahlkampfes zur Nationalversammlung 1919. Selbst wenn man von einer gewissen Überzeichnung der Darstellung ausgehen mag, so erhält der Leser doch eine klare Vorstellung davon, was es unmittelbar nach Kriegsende und Deutschlands Niederlage, nach Zusammenbruch des Kaiserreiches und Revolution hieß, öffentlich für konservative, monarchische Politik zu werben.¹²

Der Text enthält des weiteren eine Fülle interessanter Details aus dem parlamentarischen Alltag, die Akten und Protokollen oft nur schwer zu entnehmen sind. So berichtet Philipp z. B. von den logistischen Problemen der Nationalversammlung im kleinen Weimar, das alles andere als darauf vorbereitet war, in den Mittelpunkt der deutschen Politik zu rücken: „Ohne ruhigen Arbeitsplatz, ohne politische Büchereien – und vor allem ohne Akten konnte selbst der fleißigste Abgeordnete nicht das schaffen, was er wollte [...]. Der Abgeordnete mußte lernen, ohne die üblichen technischen Hilfsmittel sich auf die Parlamentssitzungen vorzubereiten.“ Diese Umstände hätten sich aber „sehr wohlthätig auf die Dauer der Verhandlungen“ ausgewirkt: „Das sonst übliche Verlesen langer Schriftsätze aus den Akten oder aus Büchern, das Anführen eines Wustes von statistischen Angaben usw., fiel fort. Die Reden wurden kürzer als bisher im Reichstage und dadurch eindrucksvoller.“ Nach der Rückkehr des Parlaments in die Reichshauptstadt Berlin sei dann „die Flut der Drucksachen“ wieder ins „Ungeheure“ angeschwollen.¹³

Philipps Memoiren geben auch Einblick in die Besonderheiten der Arbeitsweise der DNVP-Fraktion, die besonders agrarische Interessen in der Politik vertrat und in deren Reihen sich zahlreiche Landwirte befanden. So berichtet er über die Schwierigkeiten, diese Fraktionskollegen während der Erntezeit in Berlin zu halten, weil sie auf ihren Höfen „Besseres“ zu tun hatten: Sie hätten es vorgezogen, „sich in dieser Jahreszeit der Bewirtschaftung ihrer Güter zu widmen, als ihre Zeit mit dem bei Parlamentsverhandlungen für sie meist üblichen Müßiggang in Berlin zu vertrödeln. Wenn aber Gefahr bestand,“ so Philipp nicht ohne Stolz, „daß durch Abwesenheit von Parteifreunden eine Agrarvorlage gefährdet war, wurden unsere Landwirte recht unangenehm. Es war ein Zeichen für gute Fraktionszucht, daß bei solchen Gelegenheiten mehrfach hundertprozentige Anwesenheit erreicht wurde, was mit Recht die Bewunderung anderer Parteien erweckte.“¹⁴

Albrecht Philipp gab seinen Lebenserinnerungen, die er vor allem in den Jahren 1951 und 1952 verfaßte, den Titel „Mein Weg. Rückschau eines Siebzigjährigen auf allerlei Geschehnisse und Menschen.“ Die Memoiren bestehen aus vier Bänden. Der dritte Band („Abgeordnetenjahre in der Weimarer Republik 1919–1930“), ist mit 306 Seiten Text und 33 Seiten Register im DIN A4-Format der umfangreichste Teilband.

¹² Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 7 f.; vgl. hierzu auch WERNER LIEBE, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8), Düsseldorf 1956, S. 31.

¹³ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 47.

¹⁴ Ebd., S. 140.

Der erste Band beschreibt die „Jugendzeit“ (1883–1903, 162 Seiten plus 12 Seiten Register), der zweite Band die „Lern- und Lehrjahre in Wissenschaft, Schulamt, Politik und Kriegsdienst“ (1903–1918, 222 Seiten plus 24 Seiten Register). Der vierte Band („Unter Hakenkreuz und unter Sowjetstern“) behandelt den längsten Zeitraum (1930–1953), ist aber bei weitem am schmalsten ausgefallen. Er umfaßt nur 89 Textseiten und vier Seiten Register. Er wurde erst 1956 abgeschlossen.

In gleicher äußerer Gestaltung ist den Erinnerungen im engeren Sinne die Schrift „Deutschnationale Volkspartei 1918–1933 – Versuch einer parteipolitischen Bilanz“ beigegeben (37 Seiten Text plus 10 Seiten Register/Anhang). Im wesentlichen handelt es sich dabei um eine Zusammenfassung von Band 3 der Erinnerungen.¹⁵

Alle fünf Bände wurden 1956 einschließlich der Urheberrechte dem Sächsischen Landeshauptarchiv in Dresden übergeben, wo auch der Rest von Philipps Nachlaß aufbewahrt wird. Seiner Heimat Sachsen hatte Philipp sich stets eng verbunden gefühlt.

II. Herkunft und Werdegang Albrecht Philipps bis 1918

Albrecht Philipp wurde am 1. Februar 1883 in Kleinwolmsdorf bei Radeberg in Sachsen geboren. Sein Vater Gustav Adolf Eduard Philipp, Jahrgang 1841, schlug zunächst eine Karriere im Bankgeschäft ein.¹⁶ Im Juni 1869 heiratete er die 1848 geborene Anna Zenker.¹⁷ Albrecht kam als letztes von insgesamt acht Kindern, von denen jedoch das erste tot geboren wurde und das zweite und dritte unmittelbar nach der Geburt starben, zur Welt.¹⁸

Im Jahre 1871 gab der Vater seine Stellung beim „Landwirtschaftlichen Kreditverein für das Königreich Sachsen“¹⁹ auf und übernahm die Verwaltung des von seinem Schwiegervater geerbten Grundbesitzes in Kleinwolmsdorf. Im gleichen Jahr wurde er zum Abgeordneten des 9. ländlichen Wahlkreises in die Zweite Königlich Sächsische Ständekammer gewählt,²⁰ der er bis 1897 angehörte.²¹

¹⁵ In diesem Sinne auch Philipp selbst im Vorwort; vgl. ALBRECHT PHILIPP, Deutschnationale Volkspartei 1918–1933. Versuch einer parteipolitischen Bilanz, in: SächsHStA Dresden, Nachlaß Philipp.

¹⁶ Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 5 f.

¹⁷ Vgl. Ebd., S. 11 f.

¹⁸ Albrecht Philipp selbst hatte mit seiner Frau Alexandrine, geb. Wagner, aus Allstedt in Thüringen, die er am 19. Oktober 1919 heiratete, drei Kinder: Ada (* 3. 8. 1920), Armin (* 25. 1. 1922) und Arnulf (* 1. 5. 1925).

¹⁹ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 6.

²⁰ Vgl. Ebd., S. 16.

²¹ Sächsische Parlamentarier 1869–1918. Die Abgeordneten der II. Kammer des Königreichs Sachsen im Spiegel historischer Photographien; Ein biographisches Handbuch, bearb. von ELVIRA DÖSCHER/WOLFGANG SCHRÖDER. Mit einem Vorwort von Gerhard A. Ritter, Düsseldorf 2001, Nr. 275 (S. 441 f.).

Mit dem Erlös des schon bald verkauften Gutes beteiligte sich Gustav Philipp 1873 an der Gründung der später zu Ruhm gelangenden „Radeberger Exportbierbrauerei“, deren Gesamtleitung er 1894 übernahm.²² Zunächst begann damit für die Familie jedoch eine Zeit der wirtschaftlichen Misere, da die Brauerei erst einmal mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.²³ 1884 zogen die Philipps nach Dresden, wo Albrecht eine Kindheit in behüteten, aber bescheidenen Verhältnissen verbrachte.

Albrecht Philipp berichtet kaum über die politische Gedankenwelt seines Vaters, ein etwaiger Einfluß auf seine eigene Meinungsbildung bleibt vage, wie überhaupt der Vater in den sonst sehr personenbezogenen Memoiren auffällig wenig Raum einnimmt. Es heißt lediglich, die „Luft im Vaterhause“ habe zunächst dazu geführt, „daß meine Neigung den Liberalen gehörte“.²⁴ Jedenfalls übernahm der kleine Albrecht vom Vater sein früh ausgeprägtes politisches Interesse. Bereits als Kind hätten ihn, berichtet er, die politischen Ereignisse „stark beeindruckt“.²⁵ Manch großer Architekt soll sich schon als Kind intensiv mit Bauklötzen auf seine spätere Tätigkeit vorbereitet haben; der Politiker Albrecht Philipp berichtet, er habe mit seinen Freunden schon als Sechsjähriger mit „den überflüssigen Stimmzetteln nach der Wiederwahl meines Vaters [...] ‚Landtag‘ gespielt“. In den Landtagsdrucksachen habe er das Lesen gelernt, mit elf Jahren die Zeitungslektüre begonnen.²⁶ Die parlamentarische Tradition der Familie Philipp, von Gustav Adolf Eduard im Kaiserreich begründet, von Albrecht in der Weimarer Republik aufgenommen, wurde in der Bundesrepublik Deutschland fortgeführt. Gerhard, ein Neffe Albrecht Philipps, war von 1957 bis 1966 Abgeordneter der CDU im Deutschen Bundestag.²⁷

Mit zehn Jahren sah Albrecht Philipp in Dresden den früheren Reichskanzler Bismarck, der auf dem Weg nach Wien durch die Stadt kam. „Glücklicherweise hielt der Wagen unmittelbar vor mir [...]. Ich sah dem großen Staatsmanne, der den Schlapphut gezogen hatte, unmittelbar in das treue Auge und habe diesen Anblick nie vergessen.“²⁸ Als Gymnasiast frönte Philipp später mit vielen seiner Mitschülern einem regelrechten „Bismarckkultus“.²⁹ In der Rückschau verortet er sich für diese Zeit als Anhänger von „alldutschen Idealen“ mit einem Hang zum „Chauvinismus“.³⁰ Die „damals in Sachsen üppig ins Kraut schießende judenfeind-

²² Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 56.

²³ Vgl. Ebd., S. 16.

²⁴ Ebd., Bd. 2, S. 118.

²⁵ Ebd., Bd. 1, S. 51.

²⁶ Vgl. Ebd., Bd. 2, S. 118.

²⁷ Vgl. M. d. B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation, hrsg. von MARTIN SCHUMACHER, Düsseldorf 2000, S. 314.

²⁸ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 51.

²⁹ Ebd., S. 123.

³⁰ Ebd., S. 122; Bd. 2, S. 118 f.

liche Bewegung“ habe ihn und seine Mitschüler aber „wenig beeindruckt“, wie er hervorhebt; in seiner Klasse sei niemand „überzeugter Antisemit gewesen“.³¹

Nach dem Abitur an einem Dresdner Realgymnasium immatrikulierte sich Philipp 1903 an der Universität Leipzig für die Fächer Geschichte und Germanistik.³² Seine akademischen Lehrer im engeren Sinne waren Felix Salomon und Erich Brandenburg. „Obwohl seiner Abstammung nach Jude“, habe Salomon, als dessen „Famulus“ Philipp sich bezeichnete, „als Berliner ein feines Verständnis für die deutschen Aufgaben Preußens“ gehabt. Auch nach dem Studium blieb Philipp in Kontakt zu dem Historiker, dessen frühen Tod im November 1928 Philipp bedauerte. Vielleicht sei Salomon aber „dadurch manches Leid [...] erspart geblieben; denn die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 hätte sicherlich der segensreichen akademischen Tätigkeit Salomons ein rasches Ende bereitet“.³³

Über sein Interesse an der Zeit der Reformation, der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges wurde Philipp schließlich aber zum „Brandenburgianer“.³⁴ Mit seiner bei Brandenburg angefertigten Dissertation zum Thema „August der Starke und die Pragmatische Sanktion. Die Zeit des ersten Wiener Friedens (1719–1727)“, die 1907 bei Quelle & Meyer in Leipzig erschien,³⁵ wurde Albrecht Philipp zum Dr. phil. promoviert. Ein Jahr später publizierte er am gleichen Ort einen umfassenderen Band zum selben Thema.³⁶

Zeitlebens behielt Philipp ein reges Interesse an sächsischer Landesgeschichte, dem er nicht zuletzt im „Verein für Geschichte und geschichtliche Hilfswissenschaften ‚Roter Löwe‘“ nachging.³⁷ Dieser Verein, eine Art Studentenverbindung, bei deren Aktivitäten neben akademischer Weiterbildung offensichtlich auch der übliche Alkoholgenuss eine nicht unbedeutende Rolle spielte, war 1881 aus einem „Heraldischen Verein“ hervorgegangen. Die Schwierigkeiten des „Roten Löwen“ in seiner Anfangsphase, die daraus resultierten, daß die Obrigkeit hinter dem Namen eine sozialistische und damit staatsfeindliche Organisation vermutete, änderten nichts daran, daß es sich um eine durchaus konservative und nationale Veranstaltung handelte. Das wird nicht zuletzt an der Haltung des Vereins zur „Judenfrage“ deutlich, die Philipp indes unter Hinweis auf das besonders stark antisemitische Klima in den damaligen deutschen Studentenvereinigungen noch als „vernünftig gemäßigten Standpunkt“ bezeichnet. In der Satzung hieß es: „Der germanische Charakter des Vereins soll gewahrt bleiben“.³⁸ Die Satzung habe also nicht ausgeschlossen, „daß eine nichtarische Person im besonderen Falle Mitglied des Vereins werden konnte. Da in der damaligen Zeit in den Ahnentafeln nicht so her-

³¹ Ebd., Bd. 1, S. 123. Zum Antisemitismus in der DNVP und bei Philipp siehe unten, S. 190–192.

³² Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 3.

³³ Ebd., S. 13.

³⁴ Ebd., S. 4.

³⁵ Vgl. Ebd., S. 32 f, S. 147.

³⁶ ALBRECHT PHILIPP, August der Starke und die pragmatische Sanktion, Leipzig 1908.

³⁷ Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 15 ff.

³⁸ Ebd., S. 22 f.

umgeschnüffelt wurde, wie unter der Nazi Herrschaft“, seien so trotz des „Arierparagraphen“ einige nichtreinarische Männer“ Mitglied des „Roten Löwen“ geworden. Professor Salomon sei sogar auf seine Veranlassung zum Ehrenmitglied ernannt worden. Zugleich erwähnt Philipp, daß während seiner Studienzeit kein jüdischer Kommilitone aufgenommen wurde: „Wenn ein solcher sich als Keilfux auf die Kneipe verirrt, wurde ihm in unauffälliger Weise die Satzung mit dem verhängnisvollen § 11 gezeigt, so daß er merken mußte, daß er als Mitglied unwillkommen war.“³⁹

Nach seinem Studium wurde Philipp im Oktober 1907 zunächst „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ am Sachsen-Weimarischen Geheimen Haupt- und Staatsarchiv und dem Sachsen-Ernestinischen Gesamtarchiv in Weimar.⁴⁰ Kurz darauf legte er in Leipzig die Staatsprüfung für das höhere Lehramt ab⁴¹ und verfügte danach über die Lehrbefähigung in insgesamt fünf Fächern: Neben Geschichte auch in Philosophie, Deutsch, Erdkunde und Religion. Der so Qualifizierte verließ bald darauf, im März 1908, den Archivdienst und wurde Lehrer am Realgymnasium im sächsischen Döbeln,⁴² bevor er 1909 auf eine ebensolche Schule nach Borna wechselte.⁴³

Hier begann auch die politische Karriere Albrecht Philipps. Erstmals engagierte er sich öffentlich im Reichstagswahlkampf 1912 für den Freikonservativen Eduard von Liebert, den er gegen den nationalliberalen Konkurrenten Emil Nitschke in einer auf lokaler Ebene beachteten Rede verteidigte.⁴⁴ Auf Philipps Anregung wurde in Colditz „zur Abwehr der liberalen Übergriffe“ ein ‚konservativer Verein‘ gegründet“, Philipp selbst gab die „Mitteilungen für die Konservativen im 14. sächsischen Reichstagswahlkreise“ heraus.⁴⁵ Es begann für ihn eine Zeit des „Hinundherpendeln[s] zwischen Schulmeisterei, Politik und Wissenschaft“, die Philipp als glücklich empfand, obwohl er sich über die damit verbundene „Kräftezersplitterung“ im klaren war. „Da brach 1914 der Krieg aus und enthob mich einer Entscheidung über meine zukünftige Tätigkeit.“⁴⁶

Philipp meldete sich als Kriegsfreiwilliger beim Bornaer Karabinierregiment⁴⁷ und nahm an Feldzügen in Polen, Litauen und Kurland teil, bevor er im Frühjahr 1916 von der Front zur „Ersatzeskadron“ nach Borna zurückversetzt wurde⁴⁸ und schließlich im Juli desselben Jahres zum Grenzschutzkommando in Aue im Erz-

³⁹ Ebd., S. 23.

⁴⁰ Vgl. Ebd., S. 41 ff.

⁴¹ Vgl. Ebd., S. 46.

⁴² Vgl. Ebd., S. 52 f.

⁴³ Vgl. Ebd., S. 60 ff.

⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 128 f.

⁴⁵ Ebd., S. 133 f.

⁴⁶ Ebd., S. 149 f.

⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 152.

⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 175 f.

gebirge kam.⁴⁹ Schon 1915 hatte er den Dienstgrad eines Leutnants der Landwehrekavallerie erlangt.⁵⁰

Im Jahr darauf wechselte Philipp in die professionelle Politik. Durch den Tod von Geheimrat Dr. Hugo Gottfried Opitz am 13. Juli wurden im 25. ländlichen Wahlkreis Sachsens Nachwahlen für den Landtag erforderlich. „Da damals noch ‚Burgfrieden‘ zwischen den politischen Parteien herrschte“, war die Wahl nach Philipps eigener Einschätzung „bloße Formsache“.⁵¹ Er wurde von Mitgliedern des konservativen Wahlvereins des Wahlkreises und vom Bund der Landwirte nominiert und am 19. September 1916 gewählt. „Das Kuriose dabei war“, so Philipp, „daß die meisten der Wähler außerhalb des Burgfriedens mir wahrscheinlich nie ihre Stimmen gegeben hätten.“ Doch bei dieser Wahl in Kriegszeiten war eben vieles anders: „Infolge der Einziehung zum Militär fehlten natürlich im dritten Kriegsjahre viele der konservativen Wähler [...]. Da in dieser Jahreszeit auch die Bauern durch Erntearbeiten stark in Anspruch genommen waren, blieben viele von ihnen der Wahl fern, denn sie wußten, ihr Kandidat würde auch ohne sie gewählt werden. Die in Wahlanglegenheiten besser geschulten Arbeiter hingegen erfüllten ihre Wahlpflicht, obwohl sicherlich manchem braven Kumpel mich, ‚den schwarzen Doktor‘, zu wählen ein Greuel war. So kam ich tatsächlich durch überwiegend sozialdemokratische Wähler zu meinem Landtagsmandate.“⁵² Am 18. Oktober 1916 hielt Philipp im Landtag seine „Jungfernrede“,⁵³ schon Anfang November wurde jedoch der Landtag vertagt und Philipp mußte zurück zur Truppe ins Erzgebirge, einige Monate später an die Westfront.

Hier lernte Philipp, vor allem bei Verdun, das Grauen des Grabenkrieges kennen – auch wenn seine Darstellung des Kriegserlebnisses alles in allem erstaunlich leidenschaftslos und blaß bleibt. Der Text vermittelt nicht den Eindruck, als sei der Erste Weltkrieg für Albrecht Philipp – wie für so viele seiner Zeitgenossen – der politische ‚Urknall‘ seines Lebens gewesen.⁵⁴ Als „an Strapazen reichste Zeit“ seines Lebens bezeichnet Philipp nicht das Kriegserlebnis an der Westfront, sondern seinen Wahlkampfeinsatz für die Weimarer Nationalversammlung 1918/19.⁵⁵

Philipp pendelte fortan zwischen Front und Parlament hin und her; beiderorts erkannte und beklagte er die Zeichen dessen, was er als „Zersetzung“ bezeichnete:⁵⁶ Die Moral der Truppe war nicht mehr so, wie sie seiner Meinung nach hätte sein müssen, um den Krieg siegreich zu beenden, und im sächsischen Landtag zeigten sich „die ersten Vorboten der im Zuge der Zeit liegenden Bemühungen, die Kriegsnotlage, in der sich Deutschland befand, für die Erfüllung demokratischer

⁴⁹ Vgl. Ebd., S. 178.

⁵⁰ Vgl. Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung Weimar 1919, Berlin 1919, S. 232.

⁵¹ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 187.

⁵² Ebd., S. 188 f.

⁵³ Ebd., S. 193.

⁵⁴ Vgl. Ebd., S. 196 ff.

⁵⁵ Vgl. Ebd., Bd. 3, S. 7.

⁵⁶ Vgl. z. B. Ebd., Bd. 2, S. 196.

Machtansprüche auszunutzen.“⁵⁷ Das Ende des ‚ancien régime‘ nahte, im November 1918 war es dann endgültig gekommen: „In nichts versank, was für die Ewigkeit gegründet schien. Ich erwachte eines Morgens, und in Deutschland gab es keine regierenden Fürsten mehr.“⁵⁸

III. Albrecht Philipp als Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung und als Mitglied des Reichstages 1919–1930

Albrecht Philipp vertrat sowohl in der verfassunggebenden Nationalversammlung von 1919–1920 als auch hernach im Reichstag bis 1930 den Wahlkreis Leipzig.⁵⁹ Er war ein „Mann des Bundes der Landwirte“,⁶⁰ und als solcher erhielt er auch im Wahlkampf tatkräftige Unterstützung dieser Organisation. Darüber hinaus wurde er vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gefördert, dessen Mitglieder in ihm 1919 „den unbelasteten, unabhängigen ‚kleinen Mann‘“ gesehen hätten.⁶¹ Schließlich erwähnte Philipp die Unterstützung seines Wahlkampfes durch ehemalige Militärs und Studenten sowie aus Kreisen der Leipziger Industrie.⁶²

Alles in allem wird man ihn aber vor allem als einen Vertreter agrarischer Interessen innerhalb der DNVP bezeichnen können. In diesem Zusammenhang scheint es bemerkenswert, daß im Reichstagshandbuch von 1928 erstmalig die Angabe seiner Herkunft durch den doch kaum der Realität entsprechenden Zusatz „Bauernsohn“ ergänzt wurde.⁶³ Philipp scheint es damals für opportun gehalten zu haben, der wichtigsten hinter ihm stehenden Interessengruppe seine enge Verbundenheit zu bezeugen.

Deutschnationale Politik 1918–1930 im Spiegel der Erinnerungen Philipps

Die Gründung der DNVP und ihr fragiler Charakter als Sammlungspartei:

Es muß kaum erwähnt werden, daß Philipp die Novemberrevolution auf das Schärfste ablehnte. Seiner Meinung nach habe es sich beim Ende der Monarchie nämlich „nicht um den ‚Einsturz‘ eines innerlich morschen Staates, sondern um

⁵⁷ Ebd., S. 206.

⁵⁸ Ebd., S. 210.

⁵⁹ Bei der Wahl zur Nationalversammlung trug der Wahlkreis die Bezeichnung „Sachsen 2“.

⁶⁰ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 5. Das Jahrbuch des Reichs-Landbundes von 1923 führt Philipp als eines seiner Mitglieder im Parlament auf; vgl. MARTIN SCHUMACHER, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 65), Düsseldorf 1978, S. 489. Schumacher bezeichnet Philipp allerdings als ein Mitglied des Reichs-Landbundes, das zu den „sonst nicht als agrarisch ausgewiesenen Abgeordneten“ gezählt habe; ebd.

⁶¹ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 6.

⁶² Vgl. Ebd., S. 15.

⁶³ Reichstags-Handbuch IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928, S. 406.

das gewaltsame Niederreißen eines soliden, alten Gebäudes, das mitten im Umbau begriffen war“, gehandelt.⁶⁴ Als Gegner der Revolution fand Philipp seine neue politische Heimat schnell in der noch im November 1918 gegründeten Deutsch-nationalen Volkspartei, an deren Aufbau in Sachsen er von Anfang an beteiligt war.⁶⁵

Die neue Partei, ein Zusammenschluß verschiedener konservativer Parteien und Strömungen aus dem Kaiserreich, war in gewisser Weise die Nachfolgerin der Deutschen Vaterlandspartei.⁶⁶ Bemerkenswerterweise erwähnt Philipp in seinen Memoiren nicht ein Engagement für diese extrem nationalistische Rechtspartei, die 1917 gegründet wurde, das Kriegsende aber nicht überlebte. In der 1938 erschienenen Familiengeschichte der Philipps schrieb er hingegen, daß er an der Gründung der Vaterlandspartei beteiligt gewesen sei und sich rednerisch für sie betätigt habe.⁶⁷ Dies läßt zwei Schlüsse zu: Entweder unterließ Philipp in seinen Erinnerungen die Erwähnung der Vaterlandspartei, weil ihm dies, mittlerweile in der DDR lebend, nicht als opportun erschien. Oder er überzeichnete 1938, während der nationalsozialistischen Herrschaft, sein Engagement für die populistische, radikal-nationalistische Vaterlandspartei.⁶⁸ Für letzteres spricht Philipps Hinweis auf den früheren konservativen Abgeordneten Dr. Wildgrube aus dem Wahlkreis Oschatz-Grimma, der als Kandidat für die DNVP 1918/19 nicht in Frage gekommen sei, weil er sich „als eifriger Werber“⁶⁹ für die Vaterlandspartei betätigt hatte. Demnach spräche die Tatsache, daß Philipp als DNVP-Kandidat für die Nationalversammlung aufgestellt wurde, gegen oder für ein nur bescheidenes Engagement seinerseits für die Vaterlandspartei. In jedem Fall wird hier deutlich, daß Philipp bei der Niederschrift seiner Texte den jeweiligen Umständen der Zeit – erst der braunen, dann der roten Diktatur – einen gewissen Tribut zollte. Das gilt es bei der Lektüre stets zu beachten.

Die DNVP verstand sich in Philipps Worten „als Antwort auf den Umsturz des bestehenden monarchischen Staates“. Sie habe „die alten nationalen und konservativen Kräfte in Staat und Volk unter der schwarz-weiß-roten Fahne des Bismarckreiches wieder vereinigen“ wollen.⁷⁰ Die „entschiedene Ablehnung der

⁶⁴ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 232.

⁶⁵ Vgl. Ebd., S. 2 ff.

⁶⁶ Vgl. dazu HEINZ HAGENLÜCKE, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 108), Düsseldorf 1997, S. 385 ff.; LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 12.

⁶⁷ Vgl. SächsHStA Dresden, Nachlaß Philipp, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf, Heft 1: Ahnen und Verwandtschaft. Forschungen und Erinnerungen. Als Handschrift für Angehörige der Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf gedruckt, Dresden 1938, S. 91.

⁶⁸ Bei HAGENLÜCKE, Deutsche Vaterlandspartei (wie Anm. 66), wird Philipp nicht erwähnt.

⁶⁹ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 4.

⁷⁰ PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 1; vgl. auch FRIEDRICH FREIHERR HILLER VON GAERTRINGEN, Die Deutsch-nationale Volkspartei in der Weimarer Republik, in: Historische Mitteilungen 9 (1996), S. 169; LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 12 ff.

Revolution und alles dessen, was ihr gefolgt ist“, machte in Philipps Augen auch die „Daseinsberechtigung“ der DNVP aus.⁷¹ Philipp erkannte aber schon im ersten Aufruf des Vorstandes der Partei vom 27. Dezember 1918 den grundsätzlichen, die DNVP mindestens bis zur vollständigen Übernahme ihrer Führung durch Alfred Hugenberg 1928/30 spaltenden parteiinternen Widerspruch. Dem „volkstümlichen und [...] antirevolutionären Sofortprogramm“ habe nämlich die Bereitschaft gegenübergestanden, „in jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform“ mitzuarbeiten.⁷² Die DNVP schwankte deshalb seit ihrer Gründung zwischen Fundamentalopposition gegenüber der jungen Republik von Weimar und der Bereitschaft zur partiellen, verfassungstreuen Mitarbeit im neuen Staat.

Philipp betonte die Neuartigkeit der DNVP und ihren Charakter als ‚Volkspartei‘. Sie habe sich von den alten konservativen Parteien sowohl hinsichtlich des Personals wie auch der Wählerschichten deutlich unterschieden.⁷³ Im Wahlkampf seien vor allem Personen herausgestellt worden, „die zufolge ihrer politischen Vergangenheit möglichst wenig Angriffsflächen boten“, also unauffällig waren. Philipp zählte auf, daß von den 42 Mitgliedern der Fraktion in der Nationalversammlung – die DNVP hatte 10,3 Prozent der Stimmen erhalten – nur 14 dem letzten Reichstag des Kaiserreichs angehört hatten. Fünf Abgeordnete verfügten über politische Erfahrung aus verschiedenen Landtagen, 23 waren jedoch parlamentarische Neulinge. Philipp konnte allerdings nicht verkennen, daß jene Kräfte, die schon „im Kaiserreich gesellschaftlich führend gewesen“ waren, das „Rückgrat“ der Partei bildeten und daß die Führung der Reichstagsfraktion in den Händen erfahrener Männer lag, die noch dem Reichstag der Kaiserzeit angehört oder der Monarchie „an verantwortlicher Stelle gedient“ hatten.⁷⁴

Erster Parteivorsitzender wurde der vormals parteilose preußische Finanzminister a.D. Oskar Hergt, erster Fraktionsvorsitzender Arthur Graf von Posa-

⁷¹ PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 5.

⁷² Ebd. Der Aufruf vom 27. 12. 1918 ist abgedruckt bei LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 109 ff.

⁷³ Vgl. PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 10; DERS., Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 17; vgl. auch LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 12 ff. Liebe bestätigt, daß die Führung der Partei zunächst bei Vertretern des gemäßigten Flügels gelegen habe. Diese seien jedoch „in den Vordergrund geschoben worden, um die realen Einflußverhältnisse zu verschleiern.“ Was die wirkliche Macht des neuen Personals angeht, ist Liebe also sehr zurückhaltend; ebd., S. 15. Gleichzeitig bestätigt er, daß sich die Sozialstruktur der DNVP-Mitgliedschaft, die sich tatsächlich aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten zusammensetzte, deutlich von derjenigen der konservativen Vorkriegsparteien unterschied; ebd., S. 15 ff.

⁷⁴ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 17. DERS., Bilanz (wie Anm. 15), S. 10. Auch Anneliese Thimme, die sowohl Politik als auch Programm der DNVP klar in die Tradition der Konservativen des Kaiserreiches stellt, erkennt an, daß die Zusammensetzung der Parlamentsfraktion der Deutschnationalen einen Bruch mit ihren Vorläufern markierte; vgl. ANNELIESE THIMME, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969, S. 26, 29.

dowsky. Beide waren dem gemäßigten Flügel der Partei zuzurechnen. Hergt sei „aus Mangel an einer besser geeigneten Person“ und weil er politisch weitgehend unbelastet gewesen sei zum Parteivorsitzenden gemacht worden. Er wurde von Philipp als „scharfer Kopf“ und als „einer der tüchtigsten Sachkenner“ der staatlichen Verwaltung dargestellt.⁷⁵ Posadowsky bezeichnete Philipp zwar als geistvollen Redner und erfahrenen Staatsmann, als Fraktionsvorsitzender sei er jedoch „unbrauchbar“ gewesen. Für „Posa“, den „Graf im Barte“, wie er fraktionsintern genannt wurde, habe jedoch gesprochen, daß er 1912 als Parteiloser in den Reichstag gewählt worden war und deshalb geeignet schien, die unterschiedlichen Strömungen in der DNVP zusammenzuführen. Dies sei ihm jedoch nicht gelungen.⁷⁶

Tatsächlich blieb die DNVP nicht nur während der Amtszeit Posadowskys, sondern in der gesamten Zeit ihrer kurzen Geschichte vom Auseinanderbrechen bedroht. Mehrfach kam es zu Abspaltungen. Zu sehr flossen die verschiedenen Strömungen auseinander, die doch im Grunde nicht mehr als die Ablehnung der Revolution 1918 in ein gemeinsames Flußbett gezwängt hatte. Der Partei mangelte es an klaren programmatischen Vorstellungen,⁷⁷ was Philipp nicht verborgen blieb und sich auch in seiner Darstellung spiegelt. Darin nimmt etwa die Entstehung des neuen Namens der Partei⁷⁸ einen breiteren Raum ein als die Darstellung ihrer programmatischen Grundlagen, über die eher beiläufig an verschiedenen Stellen etwas gesagt wird.

Das die Partei letztlich einigende Band der antirevolutionären Gesinnung sollte sich schnell als nicht fest genug erweisen; die zentrifugalen Tendenzen in der Partei machten sich früh bemerkbar: „Es zeigte sich bald nach 1920, daß die vielen Ziele des deutschnationalen Parteiprogramms, die von den verschiedenen an der Gründung beteiligten Parteien aufgestellt [...] worden waren, geradezu zur Absonderung reizten.“⁷⁹ Schon 1920 traten im Gefolge des Kapp-Putsches mehrere Abgeordnete des linken Flügels aus der Partei aus, unter ihnen Johann Victor Brecht, der zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs der DNVP gehört hatte. Er wurde zur führenden Persönlichkeit der noch im selben Jahr gegründeten „Wirtschaftspartei“.⁸⁰ Nur zwei Jahre später (1922) spaltete sich auf der anderen Seite des parteiinternen Spektrums ein stärkerer, nämlich der ‚völkische‘ Flügel der

⁷⁵ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 91.

⁷⁶ Vgl. Ebd., S. 18.

⁷⁷ Vgl. TRIPPE, Konservative Verfassungspolitik (wie Anm. 5), S. 27.

⁷⁸ Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, I 1.

⁷⁹ DERS., Bilanz (wie Anm. 15), S. 12 (Zitat), 17; vgl. auch HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP (wie Anm. 70), S. 172. Zur Gründung der Partei durch „Conservatives, Free Conservatives, Racists, Christian Socialists, pan-Germans, and other assorted agrarians and ‚patriots‘“ vgl. auch LEWIS HERTZMAN, The Founding of the German National People's Party (DNVP). November 1918–January 1919, in: The Journal of Modern History 30 (1958), S. 24–36, Zitat S. 25.

⁸⁰ Vgl. Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Brecht 1914 bis 1933, bearb. von MARTIN SCHUMACHER (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Bd.1), Düsseldorf 1970, S. 27 ff.

DNVP ab und gründete rechts von ihr die „Deutschvölkische Freiheitspartei“.⁸¹ 1929/1930 schließlich zerbrach die Partei an ihrem Dilemma zwischen grundsätzlicher Opposition und teilweiser Mitarbeit im Weimarer Staat. Die gemäßigten Kräfte um Gottfried Reinhold Treviranus und den Grafen Westarp spalteten sich im Abstand von nur wenigen Monaten von der nunmehr scharf systemoppositionellen DNVP unter ihrem Vorsitzenden Hugenberg ab, schlossen sich anderen Parteien an oder fanden in der neu gegründeten „Volkskonservativen Vereinigung“ bzw. „Volkskonservativen Partei“ ein neues politisches Betätigungsfeld.⁸²

Eine weitere Abspaltung blieb der DNVP vielleicht nur erspart, weil sie sozusagen vorweg erfolgt war. Parallel zur DNVP entstand nämlich im Dezember 1918 die Deutsche Volkspartei (DVP). Philipp bezeichnet sie als „Sondergründung“, die ein „Wermutstropfen in den Wein deutschnationaler Begeisterung“ gewesen sei und die Bildung einer wirklich starken Rechtspartei verhindert habe. Einen sachlichen Grund für die Existenz beider Parteien hat es Philipps Meinung nach eigentlich nicht gegeben, so nah seien sie sich inhaltlich gewesen. Allein durch die Person Gustav Stresemanns, des Vorsitzenden der DVP, seien sie auseinandergehalten worden.⁸³ Tatsächlich war es vor allem der spätere Außenminister, der auf die Unabhängigkeit der DVP pochte und sich gegen die Fusion mit der DNVP wehrte. Stresemann hatte dafür jedoch gute politische Gründe, wenngleich auch ihm klar war, daß beide Rechtsparteien im Reichstag oft Seite an Seite standen. Stresemann war vor allem wegen des unklaren programmatischen Profils der DNVP gegen die Fusion. Sie sei aus zu verschiedenen Strömungen zusammengesetzt und ohne „einheitliches Wollen“. Außerdem hoffte Stresemann 1919 auf baldigen Zulauf enttäuschter Demokraten zur DVP, die sich aber seiner Partei nicht anschließen würden, wenn diese mit der rechten Flügelpartei zusammenging. Schließlich strebte Stresemann nach der Macht und hielt es auf absehbare Zeit für unmöglich, daß sich die Deutschnationalen an einer Regierungsbildung beteiligen könnten.⁸⁴ So blieben DNVP und DVP nebeneinander bestehen, und nach dem Kapp-Putsch 1920 kam es zum aufsehenerregenden Wechsel von drei Abgeordneten der DNVP-Fraktion zur Partei Stresemanns. Als Gründe führten sie das Ver-

⁸¹ Vgl. hierzu JAN STRIESOW, *Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922*, 2 Bde., Frankfurt/Main 1981; LIEBE, *DNVP 1918–1924* (wie Anm. 12), S. 61 ff.

⁸² Vgl. hierzu FRIEDRICH FREIHERR HILLER VON GAERTRINGEN, *Die Deutschnationale Volkspartei*, in: *Das Ende der Parteien 1933*, hrsg. von Erich Matthias/Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 544 ff.; ATTILA CHANADY, *The Disintegration of the German National People's Party 1924–1930*, in: *The Journal of Modern History* 39 (1967), S. 65–91, hier v. a. S. 82 ff.; umfassend: ERASMUS JONAS, *Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 30), Düsseldorf 1965.

⁸³ Vgl. PHILIPP, *Erinnerungen* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 54 f.; DERS., *Bilanz* (wie Anm. 15), S. 11.

⁸⁴ Vgl. WOLFGANG HARTENSTEIN, *Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 22), Düsseldorf 1962, S. 131–142, Zitat S. 133.

halten der DNVP während des Putsches an sowie die Weigerung der Partei, sich mehr als nur formell auf den Boden der neuen Verfassung zu stellen und sich unter Umständen auch zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Mehrheits-Sozialdemokraten bereitzustellen.⁸⁵ Mit der Erklärung ihres Schrittes gaben sie der Argumentation Stresemanns recht, und auch Philipp sah dies in etwa so, wenn er den Unterschied zwischen beiden Parteien folgendermaßen charakterisierte: „Beide Parteien erstrebten grundsätzlich das Gleiche, die Deutschnationale Volkspartei kraft eigener Stärke, die Deutsche Volkspartei durch Ausgleich mit anderen Parteien.“⁸⁶

Die DNVP und die Weimarer Reichsverfassung:

Die erste wichtige Entscheidung der Weimarer Nationalversammlung war die Annahme einer provisorischen Verfassung, des sogenannten Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt, am 10. Februar 1919.⁸⁷ Auch die DNVP-Fraktion hatte die Vorlage nach langem „Hin und Her“ angenommen. Mit seiner Einschätzung, daß bei dieser Entscheidung das „konservative Verantwortungsbewußtsein [...] über den Drang nach bloßer Opposition gesiegt“⁸⁸ habe, liefert Philipp ein erstes Indiz dafür, daß er zu jenen eher maßvollen Kräften in seiner Partei gehörte, die sich der Republik nicht in einer schroff ablehnenden Haltung von Anfang an total verweigerten. Gleichwohl: Ziel der DNVP sei es gewesen, „in die zu schaffende Verfassung soviel als möglich aus der nationalen Vergangenheit hineinzuretten.“⁸⁹ Allerdings konnte Philipp sich mit seiner Anregung, die alte Verfassungsurkunde des Kaiserreiches zur DNVP-Basis der Verfassungsberatungen zu machen, nicht einmal in der eigenen Fraktion durchsetzen.⁹⁰ Auch in der Verfassungspolitik zeigte sich also schnell das Dilemma der Deutschnationalen. Einerseits lehnten sie die Republik ab, andererseits verweigerten sie nicht grundsätzlich die Mitarbeit an ihrer Verfassung.⁹¹

Philipp schätzte den Anteil seiner Partei an deren endgültiger Gestaltung als hoch ein; man habe „mehr vom deutschnationalen Gedankengut mit in die neue Verfassung übernehmen müssen, als den Trägern der revolutionären Bewegung er-

⁸⁵ Vgl. LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 59 f., 157.

⁸⁶ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 55.

⁸⁷ Vgl. HEINRICH AUGUST WINKLER, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998, S. 71.

⁸⁸ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 51.

⁸⁹ Ebd., S. 55. Vgl. hierzu sowie allgemein zur Verfassungspolitik der DNVP TRIPPE, Konservative Verfassungspolitik (wie Anm. 5), S. 40 ff, hier S. 47, 196. Philipp selbst wandte sich in seiner „Jungferrede“ in der Nationalversammlung für die DNVP-Fraktion gegen die damals erwogene Auflösung Preußens; PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 61.

⁹⁰ Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 60.

⁹¹ Die gespaltene Haltung der DNVP wird in der Person Adelbert Düringers besonders deutlich. Der vormals großherzoglich-badische Justizminister saß für die Deutschnationalen als Mitglied im Verfassungsausschuß und arbeitete konstruktiv und mit viel Engagement an der Verfassung und insbesondere an der Gestaltung der Grundrechte mit. Dennoch

wünscht war.“⁹² Die historische Forschung gelangte in diesem Punkt jedoch zu anderen Erkenntnissen: Die DNVP hat danach zwar „Detailarbeit“ bei den Verfassungsberatungen geleistet, sich aber in den bedeutenden Fragen mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen können.⁹³ Gleichwohl ist – unabhängig von der Frage, welcher Anteil dabei der DNVP zukam – nicht zu verkennen, daß die Weimarer Reichsverfassung etwa in der Ausgestaltung des Reichspräsidentenamtes Teile des monarchischen Konstitutionalismus aus der Bismarckzeit übernahm und mehr eine Fortentwicklung der Bismarckschen Reichsverfassung war als ein kompletter Bruch mit ihr.⁹⁴ „Die angeblich demokratischste Verfassung“, so das pointierte Urteil Ernst Fraenkels, „war das Produkt obrigkeitsstaatlichen Denkens.“⁹⁵

Philipp beteiligte sich mit mehreren Redebeiträgen im Plenum an den Verfassungsberatungen der Nationalversammlung. Am 4. Juli 1919 etwa vertrat er für die DNVP die Forderung nach einem „vom Volke gewählten Präsidenten, der eine machtvolle Persönlichkeit“ sein müsse.⁹⁶

Antisemitismus und Rassismus in der DNVP und bei Philipp:

Die Rede Philipps zur Stellung des Präsidenten verdient besondere Beachtung. In der 1938 gedruckten Sippengeschichte betonte Philipp nämlich, sie sei „der erste Versuch“ gewesen, „für das höchste Amt, das das deutsche Volk zu vergeben hatte, den Nachweis deutscher Abkunft vom völkisch-rassischen Standpunkt zu fordern.“ Dadurch habe er sich, so vermerkte Philipp offenbar nicht ohne Stolz, „Haß und Hohn aller Juden der Nationalversammlung“ zugezogen.⁹⁷

Tatsächlich war Philipp 1919 für eine Einschränkung des passiven Wahlrechts zum Reichspräsidenten eingetreten. Er hatte gefordert, „daß nur solche Leute zum deutschen Reichspräsidenten gewählt werden dürfen, die als Deutsche geboren sind.“⁹⁸ Der damals diskutierte Entwurf hatte dagegen vorgesehen, daß der zehnn-

stimmte er, nicht nur aus Fraktionszwang, gegen die Annahme der Verfassung. Dahinter stand die Überlegung, Opposition bleiben, aber dennoch materiell einige der eigenen Ziele durchsetzen zu wollen. Dies mag taktisch geschickt erschienen sein, es trug aber wohl kaum dazu bei, die DNVP in der Öffentlichkeit als konsequent dastehen zu lassen; vgl. THOMAS WIRTH, *Adelbert Düringer. Jurist zwischen Kaiserreich und Republik*, Mannheim 1989, S. 151 ff.

⁹² PHILIPP, *Erinnerungen* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 60.

⁹³ Vgl. HILLER VON GAERTRINGEN, *DNVP* (wie Anm. 70), S. 170.

⁹⁴ Vgl. HAGEN SCHULZE, *Weimar. Deutschland 1917–1933*, Berlin 1998, S. 100; KARL DIETRICH ERDMANN, *Die Weimarer Republik* (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 19), Stuttgart ¹⁰1991, S. 120.

⁹⁵ ERNST FRAENKEL, *Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat*, in: Ders., *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart ³1968, hier S. 113.

⁹⁶ *Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung*, Bd. 327, Berlin 1920, S. 1305.

⁹⁷ PHILIPP, *Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf* (wie Anm. 67), S. 93.

⁹⁸ *Verhandlungen* (wie Anm. 96), Bd. 327, S. 1306. In den *Erinnerungen* wird lediglich erwähnt, daß Philipp zur Stellung des Reichspräsidenten gesprochen habe. Nähere Ausführungen fehlen; PHILIPP, *Erinnerungen* (wie Anm. 3) Bd. 3, S. 81.

jährige Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit ausreichte. In diesem Zusammenhang machte Philipp einige Äußerungen, deren er sich in der NS-Zeit dann rühmte: Daß „ein Salomon Kosmanowsky in der Lage war, auf einmal der Präsident des zweitgrößten deutschen Staatswesens zu werden“, mußte seiner Meinung nach auf Reichsebene verhindert werden. Damit spielte Philipp auf den wenige Monate zuvor erschossenen vormaligen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner an. Der sozialdemokratische Politiker, Sohn eines jüdischen Fabrikanten aus Berlin, soll, so ein damals kursierendes Gerücht, ursprünglich diesen Namen getragen haben. Der Abgeordnete Haase (USPD) entgegnete, Eisner habe nie seinen Namen geändert und warf Philipp vor, „Verkünder einer Zeitungslüge“ zu sein.⁹⁹

„Nehmen Sie an“, rief Philipp der Nationalversammlung weiter zu, „im besetzten Gebiet bleibt ein Franzose oder Engländer zurück und erwirbt die deutsche Staatsangehörigkeit: nach zehn Jahren erhält er dann die Fähigkeit, zum Reichspräsidenten gewählt zu werden. Ob das nun ein farbiger oder weißer Franzose, Engländer oder Belgier ist, ist letzten Endes gleichgültig. So ist hier unter Umständen die Möglichkeit vorhanden, daß ein Zulukaffer oder Marokkaner, der in der französischen Armee zurückgeblieben ist – und durch die Bande der Liebe vielleicht ans Rheinland gefesselt bleibt – vielleicht zum deutschen Reichspräsidenten gewählt wird.“¹⁰⁰ Philipp setzte sich zwar in der gleichen Rede von den Deutschvölkischen ab, deren Forderung, in Deutschland dürfe nur ein „politisches Recht“ erhalten, wer „mindestens eine Vier- bis Sechshenprobe deutschen Blutes abgelegt“ habe, er explizit nicht teilte.¹⁰¹ Aber auch die Tatsache, daß Philipp mit seiner Vision eines im Rheinland aus Liebe zurückgebliebenen „Zulukaffer[s]“, der Präsident werden könnte, gemäß Protokoll „Heiterkeit“¹⁰² in der Nationalversammlung hervorrief, täuscht nicht darüber hinweg, daß seine Ausführungen einen deutlich rassistischen Grundzug tragen.

Seine Äußerungen in der Nationalversammlung mögen symptomatisch für Philipps Rassismus bzw. Antisemitismus gewesen sein. Er gehörte zwar nicht zum radikalen, deutschvölkisch-antisemitischen Flügel der Partei, der sich 1922 von der DNVP abspaltete. Ebenso wenig zählte er später zu den „Hugenbergianern“, die das Bündnis mit Hitler und der NSDAP suchten. Aber die DNVP war eben insgesamt eine Partei, in der eine „antisemitische Grundeinstellung“ bei vielen Mitgliedern und Repräsentanten außer Diskussion stand.¹⁰³ Im Oktober 1919 faßte

⁹⁹ Verhandlungen (wie Anm. 96), Bd. 327, S. 1308. Haase sah offenbar aber weniger eine antisemitische als eine antislawische Stoßrichtung Philipps: „Wohin Herr Philipp zielt, ist klar. Er wollte andeuten, daß ein Mann slawischer Abstammung an der Spitze eines Bundesstaates gestanden habe.“ Haase parierte zur großen Erheiterung seiner Fraktion: „Kurt Eisner, schon in seiner äußeren Erscheinung: blauäugig, blondhaarig, langschädlig. – Und Herr Philipp: dunkeläugig, schwarzhaarig und kurzschädlig.“; ebd.

¹⁰⁰ Verhandlungen (wie Anm. 96), Bd. 327, S. 1305 f.

¹⁰¹ Ebd., S. 1306.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Vgl. LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 69, 71.

der Hauptvorstand der Deutschnationalen einen Beschluß, der dies deutlich macht und der fast gleichlautend in das Programm von 1920 übernommen wurde: „Die Deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden des deutschen Volkstums. Von dieser Grundlage aus kämpft sie gegen jeden zersetzenden undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Sie wendet sich besonders gegen die Vorherrschaft des Judentums, die mit der Revolution in Regierung und Öffentlichkeit immer verhängnisvoller hervortritt.“¹⁰⁴ Mit der sich hier manifestierenden Bereitschaft, den Antisemitismus zu propagieren und für die eigenen Zwecke einzusetzen, trug auch der gemäßigte Teil der DNVP-Führung gerade in den ersten Jahren nach Kriegsende „entscheidend zur Untergrabung der neuen Republik“ bei.¹⁰⁵

In seinen Anfang der fünfziger Jahre verfaßten Memoiren hob Philipp, anders als in der Sipppengeschichte von 1938, nicht nur antisemitische Äußerungen nicht hervor, er distanzierte sich sogar vom Antisemitismus und seinen Vertretern in der DNVP.¹⁰⁶ Dennoch scheint in den Erinnerungen seine Haltung zum Judentum einigermaßen korrekt wiedergegeben zu sein. Denn Philipp machte es sich nicht etwa so einfach, den ganz zweifellos in der DNVP verbreiteten Antisemitismus völlig zu verleugnen, zu verschweigen oder den Eindruck zu erwecken, er habe diesen nicht zumindest für seine politischen Zwecke genutzt. Vielmehr führte er aus, daß die DNVP sich dieser Strömung der deutschen Politik aus wahltaktischen Gründen nicht habe verschließen können und den davon angesprochenen Teil der Wählerschaft an sich habe binden müssen.¹⁰⁷ Philipp bekannte sich also immerhin zum Antisemitismus aus Opportunismus.

Eine den Leser auch nur ansatzweise zufriedenstellende Auseinandersetzung mit dem weit verbreiteten Antisemitismus in der Weimarer Republik und in der DNVP findet sich freilich in den Erinnerungen ebenso wenig wie kritische Gedanken zum Antisemitismus im Dritten Reich. Zur Ermordung der deutschen und europäischen Juden fand Albrecht Philipp in seinen nach dem Krieg verfaßten Memoiren kein Wort.

Der Kapp-Putsch: Philipp und die DNVP zwischen Legalität und Gegenrevolution:

Nur ein gutes halbes Jahr nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung wurde das Verhältnis der DNVP zur neuen Regierungsform auf eine ernste Probe gestellt. Im Kapp-Putsch¹⁰⁸ mußten die monarchisch orientierten politischen

¹⁰⁴ Zit. nach Ebd., S. 65.

¹⁰⁵ STRIESOW, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen (wie Anm. 81), S. 5.

¹⁰⁶ Vgl. oben: Schulzeit; vgl. auch PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 32.

¹⁰⁷ Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 32.

¹⁰⁸ Vgl. hierzu JOHANNES ERGER, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 35), Düsseldorf 1967, S. 299 f.

Kräfte zeigen, ob sie bereit waren, die ihnen verhaßte Republik auch mit Waffengewalt zu stürzen, oder ob sie das neue Regierungssystem nur auf legalem Wege ändern bzw. abschaffen wollten.

Philipps Haltung zum Kapp-Putsch, wie sie sich in den Erinnerungen manifestiert, erscheint zwiespältig. Philipp will nicht überrascht gewesen sein, als es zum Aufstand kam; man habe „geradezu täglich“ darauf gewartet.¹⁰⁹ Er hob jedoch hervor, von dem konkreten Vorhaben nichts gewußt zu haben. Noch am Abend des 13. März hielt er in Leipzig eine Rede, in der er betonte, „daß wir Deutschnationalen nur auf legalem Wege, d. h. über Neuwahlen, eine Beseitigung der jetzigen Regierung erstrebten.“¹¹⁰ An anderer Stelle heißt es, er habe „dem Unternehmen Kapps sehr zurückhaltend gegenübergestanden“.¹¹¹ Auch in der Familienchronik der Philipps aus dem Jahr 1938 betonte Philipp, am Kapp-Putsch „nicht beteiligt“ gewesen zu sein. Dies erscheint um so glaubwürdiger, als er sich in diesem Text, zur Zeit der NS-Herrschaft geschrieben, als zumindest in der Anfangszeit scharfen Gegner der Republik darstellte, der in Sachsen sowohl bei der „Organisation Escherich“ als auch beim Stahlhelm „seine Hand [...] im Spiele“ gehabt habe.¹¹²

Der Monarchist Philipp gehörte offenbar zu jenem Teil der DNVP, der zwar das Ziel des Aufstandes begrüßte, nicht aber die Vorgehensweise der Putschisten.¹¹³ Der Text erweckt den Eindruck, Philipp sei dem Kapp-Putsch vor allem deswegen reserviert begegnet, weil er seine Erfolgsaussichten als gering einschätzte. Das allgemeine Bekenntnis, er habe die Regierung allein auf legalem Weg beseitigen wollen, wird in seiner Wirkung abgeschwächt durch einige Formulierungen, die Philipps Verständnis für die Putschisten deutlich machen. Er war auch der Meinung, daß im Frühjahr 1920 die Mehrheit der Bevölkerung ohnehin die Wiedererrichtung der Monarchie begrüßt hätte.¹¹⁴

Über den Prozeß zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Helfferich und dem Reichsfinanzminister Erzberger, der die antirepublikanische Stimmung Anfang März 1920 weiter schürte, schrieb Philipp, Erzberger, „einer der Hauptnutznießer des neuen Systems“, sei „als unwahrhafter, unanständiger Geschäftspolitiker zum Schaden Deutschlands entlarvt“ worden. „Angesichts dieser ungeheuerlichen Tatsachen glaubten die Putschisten, ein moralisches Recht für die Ausführung ihres Planes zu haben“.¹¹⁵ Auch hier scheint selbst rückblickend Ver-

¹⁰⁹ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 69.

¹¹⁰ Ebd., S. 300.

¹¹¹ Ebd., S. 75.

¹¹² PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 94. Die „Orgesch“ wurde von dem Schöpfer der bayerischen Einwohnerwehren, dem Forstrat Georg Escherich, im August 1920 als eine Art Dachverband aller „antibolschewistischen“ Selbstschutzverbände gegründet. Inwieweit Philipp hieran tatsächlich beteiligt war, ließ sich nicht feststellen. In den Erinnerungen werden Aussagen hierzu oder zur Mitarbeit in der Frontkämpferversammlung Stahlhelm jedenfalls nicht gemacht.

¹¹³ Vgl. ERGER, Kapp-Lüttwitz-Putsch (wie Anm. 108), S. 220.

¹¹⁴ Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 69.

¹¹⁵ Ebd., S. 72.

ständnis für den Aufstand und einen seiner Auslöser, den sogenannten Erzberger-Prozeß, durch. Dabei hatten sich fast alle von Helfferich erhobenen Anschuldigungen gegen Erzberger als haltlos erwiesen. In der öffentlichen Wahrnehmung erschien Helfferich allerdings, trotz seiner Verurteilung, als Sieger. Erzberger hingegen war politisch ruiniert, und mit ihm war auch die Weimarer Koalition, vor allem das Bündnis von Zentrum und Sozialdemokratie, getroffen worden. Mehr noch: Die junge Demokratie selbst hatte einen schweren Schlag bekommen.¹¹⁶ Am 12. März wurde im Erzberger-Prozeß das Urteil gesprochen, am 13. März schlugen die Putschisten los.¹¹⁷ Daß Kapps gescheiterte Konterrevolution zumindest gewisse Sympathien Philipps hatte, geht auch aus der Formulierung hervor, mit der er die Bedeutung des bald ausgerufenen Generalstreikes für das Ende des Putsches umschrieb: Der Streik habe eine „verheerende Wirkung gehabt“.¹¹⁸ ‚Verheerend‘ aber ist ein Wort, mit dem man als negativ Empfundenes ausdrückt.

Philipp dürfte jedenfalls keinen aktiven Anteil am Umsturzversuch des März 1920 gehabt haben.¹¹⁹ Er war auch der Meinung, daß das Wissen um den bevorstehenden Putsch auf einen sehr kleinen Personenkreis beschränkt und auch die DNVP-Reichstagsfraktion im unklaren gewesen sei.¹²⁰ Daß auch Graf Westarp zum engsten Kreis der Verschwörer gehörte, hat Philipp offensichtlich nicht gewußt. Westarp selbst bestätigte später, daß seine Mitarbeit öffentlich nicht bekannt geworden sei.¹²¹ Heute weiß man aber, daß zumindest die deutschnationale Parteileitung von dem Vorhaben wußte und davon, daß nicht nur Westarp, sondern auch einige andere führende Mitglieder der DNVP an den Vorbereitungen des Putsches beteiligt waren.¹²² Allerdings hielt sich der Vorstand selbst bedeckt; ein Unternehmen der DNVP als solches war der Kapp-Putsch nicht.¹²³ Der Partei insgesamt kam der Putsch auch deshalb nicht wirklich gelegen, weil sie sich bei den bevorstehenden Wahlen wegen der desolaten Lage des Landes ohnehin große Stimmengewinne und damit Machtzuwachs erwartete.¹²⁴

Philipps mehrdeutige Haltung zum Kapp-Putsch entspricht dem völlig zerrissenen Erscheinungsbild der Deutschnationalen insgesamt. Während die früheren Deutschkonservativen und der völkische Flügel eine Militärdiktatur zur Wiederherstellung der Monarchie unterstützten, mahnten die ehemaligen Freikonservativen und Christlichsozialen zur Zurückhaltung.¹²⁵ An der Konterrevolution des Generallandschaftsdirektors Kapp schieden sich also auch parteiintern die Geister.

¹¹⁶ Vgl. ERGER, Kapp-Lüttwitz-Putsch (wie Anm. 108), S. 76.

¹¹⁷ Vgl. hierzu SCHULZE, Weimar (wie Anm. 94), S. 209 ff.

¹¹⁸ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 73.

¹¹⁹ Dies bestätigt auch die Sippengeschichte aus dem Jahr 1938; vgl. PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 94.

¹²⁰ Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 71.

¹²¹ Vgl. LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 151, Anm. 246.

¹²² Vgl. Ebd., S. 52 ff.

¹²³ Vgl. ERGER, Kapp-Lüttwitz-Putsch (wie Anm. 108), S. 219 ff.

¹²⁴ Vgl. Ebd., S. 297.

¹²⁵ Vgl. LIEBE, DNVP 1918–1924 (wie Anm. 12), S. 54.

Die noch junge Partei erlebte die erste von vielen Abspaltungen: Am 7. April 1920 trat Bredt aus der Partei aus, wenige Tage später folgten drei weitere Abgeordnete. Sie wechselten zu Gustav Stresemanns DVP, die wegen ihrer geschmeidigen Ausgleichspolitik „als der eigentliche Sieger in diesem Putsch bezeichnet werden“ kann.¹²⁶

Vom Versailler Vertrag zum Dawes-Plan: Außenpolitik 1919–1924:

Albrecht Philipp war kein Außenpolitiker. Auch für ihn stand aber im „Mittelpunkt der ganzen deutschnationalen Parteiarbeit [...] von Anfang an die Außenpolitik“, die „seit dem Vertrag von Versailles Reparationspolitik“ war.¹²⁷ Der Vertrag von Versailles, der Dawes-Plan, der Vertrag von Locarno und der Young-Plan – das waren die großen außenpolitischen Themen der Republik in den Jahren der Abgeordnetentätigkeit Philipps.

Am 28. Juni 1919 unterzeichneten Außenminister Hermann Müller und Verkehrsminister Hans Bell im Spiegelsaal des Versailler Schlosses für das Deutsche Reich den Friedensvertrag. Die DNVP hatte die Annahme der harten Friedensbedingungen abgelehnt; das „kraftvolle deutschnationale ‚Nein‘ zum Friedensvertrag“ war die „unerschütterliche Plattform“,¹²⁸ von der aus die DNVP fortan Außenpolitik betrieb. Auch Philipp war – natürlich – ein Gegner des „Friedensdiktates“, der mit Genugtuung vermerkte, daß die „Führung im Kampfe gegen Versailles [...] fest in deutschnationalen Händen“ gelegen habe.¹²⁹ Als das große außenpolitische Verdienst seiner Partei rechnete Philipp es der DNVP an, den „Feindmächten“ immer wieder vor Augen geführt zu haben, daß Deutschland nicht gewillt gewesen sei, „Ungerechtigkeiten widerstandslos über sich ergehen zu lassen.“¹³⁰

Eine Alternative zur Annahme des Vertrages bietet Philipp in seinen Memoiren jedoch nicht. Was der Ablehnung hätte folgen sollen, wird auch in seiner rückblickenden Darstellung nicht klar. Eine Erörterung der möglichen Reaktionen der Sieger des Weltkrieges – es ist davon auszugehen, daß Deutschland im Falle der Weigerung, den Vertrag zu unterzeichnen, von Entente-Truppen besetzt worden und das Reich auseinandergefallen wäre¹³¹ – findet nicht statt.

Immerhin gestand Philipp den innenpolitischen Gegnern, die für die Annahme des Vertrages gestimmt hatten, zu, nicht an die völlige Erfüllbarkeit des Vertrages geglaubt und nur deshalb dafür gestimmt zu haben, weil ihrer Meinung nach die

¹²⁶ Ebd., S. 59 f.; Zitat bei ERGER, Kapp-Lüttwitz-Putsch (wie Anm. 108), S. 222.

¹²⁷ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 127; vgl. auch DERS., Bilanz (wie Anm. 15), S. 18, wo es heißt: „Zwischen allen deutschnationalen Politikern bestand stets Übereinstimmung, daß bei der politischen Arbeit der Außenpolitik der Vorrang zu gewähren sei.“

¹²⁸ PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 18.

¹²⁹ DERS., Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 58.

¹³⁰ DERS., Bilanz (wie Anm. 15), S. 23.

¹³¹ Vgl. WINKLER, Weimar (wie Anm. 87), S. 93.

Umstände dies eben erfordert hätten. Diese Abgeordneten wären überzeugt gewesen, daß mit der Zeit die Unerfüllbarkeit der Friedensbedingungen deutlich werden würde. „Wir Deutschnationalen glaubten auch“, so heißt es weiter, „daß in den Reihen der sozialdemokratisch-zentrümlichen Mehrheit für Versailles sich mancher befand, der ohne Gewissensskrupel ‚ja‘ gesagt hatte, aber innerlich bereit war, der Durchführung der übernommenen Verpflichtungen jeden möglichen Widerstand entgegenzusetzen.“¹³² Hier deutet sich ein gewisses Verständnis Philipps für die Annahme des Friedensvertrages an, die allerdings unlösbar verbunden war mit der Forderung nach Obstruktion bzw. der unerbittlichen Ablehnung jeder ‚Erfüllungspolitik‘. Tatsächlich tendierte Philipp in Fragen der auswärtigen Politik in den folgenden Jahren zum rechten Flügel der DNVP. Dies zeigte sich zum Beispiel in seiner Haltung zum Dawes-Plan von 1924.

Wieder einmal sollte sich bei der Positionierung zum Dawes-Plan die Gespaltenheit der Partei zeigen. Dabei trat sie zunächst mit vollmundigen und vor allem eindeutigen Parolen an die Öffentlichkeit. Im Wahlkampf des Frühjahrs 1924 – der erste gewählte Reichstag wurde im März 1924 aufgelöst, am 4. Mai wurden die Neuwahlen durchgeführt – agitierte die DNVP gegen die Annahme des Dawes-Planes. In ihrer Propaganda sprachen die Deutschnationalen von einem „Versklavungsprozeß“, und Karl Helfferich prägte das Schlagwort vom „zweiten Versailles“, das auch Albrecht Philipp übernahm.¹³³

Nach dem Wahlerfolg der DNVP, den Philipp vor allem auf den entschlossenen Kampf gegen den Dawes-Plan zurückführte,¹³⁴ wurde der Ton der Partei vorübergehend gemäßigter.¹³⁵ Als stärkste Fraktion rechnete die DNVP damit, an der Regierungsbildung beteiligt zu werden. Diese Möglichkeit wollte man sich nicht mit allzu scharfen, die politische Manövrierfähigkeit beeinträchtigenden Parolen verbauen. Nachdem aber die bürgerliche Minderheitsregierung aus Zentrum, DDP und DVP unter Reichskanzler Marx am 3. Juni 1924 vom Reichspräsidenten bestätigt worden war, gewannen die Stellungnahmen der DNVP gegen den Dawes-Plan wieder an Schärfe. Die Reichstagsfraktion erstellte ein Sieben-Punkte-Programm, dessen Erfüllung als Voraussetzung der Zustimmung der DNVP zum Dawes-Abkommen gemacht wurde. Die darin genannten Bedingungen waren für die Alliierten jedoch unannehmbar. So blieb den Deutschnationalen eigentlich nur die Möglichkeit, die von der Reichsregierung inzwischen vorgelegten Gesetzentwürfe, mit denen der Dawes-Plan in die Praxis umgesetzt werden sollte, abzulehnen. Die Partei stand unter enormem Druck: Die Zustimmung von SPD, DDP, Zentrum und DVP zum Abkommen reichte nicht aus, da zur Umsetzung des Dawes-Planes, so wie er schließlich auf der Konferenz von London im Sommer

¹³² PHILIPP, *Erinnerungen* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 56.

¹³³ Vgl. LIEBE, *DNVP 1918–1924* (wie Anm. 12), S. 76 f.; PHILIPP, *Erinnerungen* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 128.

¹³⁴ Vgl. PHILIPP, *Erinnerungen* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 133. Die Partei hatte ihren Stimmenanteil von 15,1% auf 19,5%, die Zahl der Mandate von 71 auf 95 gesteigert.

¹³⁵ Hierzu und zum folgenden vgl. LIEBE, *DNVP 1918–1924* (wie Anm. 12), S. 76 ff.

1924 ausgehandelt worden war, die Änderung der Verfassung und damit eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag erforderlich war. Lehnte die DNVP die Verfassungsänderung ab, so war der Plan gescheitert.

Die nach außen geschlossen ablehnend auftretende Partei war innerlich jedoch völlig uneins. Vor allem in den der Industrie und der Landwirtschaft, aber auch in den dem christlich-nationalen Gewerkschaftsflügel nahestehenden Kreisen hatte sich nämlich die Überzeugung durchgesetzt, daß die Annahme des Planes durch die damit verbundenen Kredite eine ökonomische Aufwärtsentwicklung einleiten würde. Dieser von den genannten Interessengruppen sehnlichst herbeigewünschte Aufschwung sollte nicht durch das Scheitern des Dawes-Plans verhindert werden.

Am 29. August fand die mit großer Spannung erwartete Abstimmung im Reichstag statt. Sie wurde für die DNVP zum Offenbarungseid, weil sie den Konflikt zwischen „materieller“ Interessen- und prinzipieller oder „ideeller“ Oppositionspolitik“ enthüllte.¹³⁶ Von 100 anwesenden Fraktionsmitgliedern stimmten 52 mit „Nein“ gegen den Plan, 48 jedoch mit „Ja“ dafür. Die Fraktion war genau in der Mitte auseinandergebrochen und hatte mit knapp der Hälfte ihrer Abgeordneten dem Dawes-Plan die erforderliche Zweidrittelmehrheit verschafft. Die „vitalen wirtschaftlichen Interessen“ hatten, wie es Anneliese Thimme scharf formulierte, „über die Phrasendrescherei gesiegt.“¹³⁷ Die Parteibasis war derart entrüstet über die eigene Fraktion und die Leitung der DNVP, daß personelle Konsequenzen nicht ausbleiben konnten. Am 23. Oktober mußte Oskar Hergt dem Druck nachgeben und Partei- und Fraktionsvorsitz niederlegen.

Albrecht Philipp gehörte zu jener Hälfte der DNVP, die gegen den Dawes-Plan gestimmt hatte. Wirtschaftspolitische Argumente hatten ihn nicht zur Zustimmung bewegen können. „Das Gespenst des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs“, das „mit grellen Farben an die Wand gemalt“ worden sei, erschreckte ihn nicht. Nicht ohne eine gewisse Abscheu berichtete er von den Vorgängen hinter den Kulissen, wo von Industrie und Landwirtschaft massiv Druck auf einzelne Abgeordnete ausgeübt worden sei: „Manchem braven Bäuerlein wurde der Verlust des Mandats in Aussicht gestellt, wenn es nicht mit seinem ‚Ja‘ die Annahme des Dawesplanes ermöglichen würde.“¹³⁸ Philipp, sonst kein Parteigänger Hugenburgs, rechnete es dem deutschnationalen Pressezaren an, in seinen Zeitungen „in einem großzügigen Feldzuge am Dawesplan scharfe Kritik geübt zu haben.“¹³⁹ Er sah in der Zustimmung der Hälfte seiner Kollegen den ersten großen „Sündenfall“ der DNVP. Rückblickend erkannte Philipp durchaus an, daß nach der Währungsreform eine Verständigung mit den Alliierten in der Reparationsfrage angezeigt war, und daß auch eine deutschnational geführte Regierung hätte versuchen müssen, zu einem Ausgleich zu kommen. Der Preis, den das Dawes-Abkommen for-

¹³⁶ THIMME, Flucht in den Mythos (wie Anm. 74), S. 33.

¹³⁷ Ebd., S. 43.

¹³⁸ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 143 f.

¹³⁹ Ebd., S. 128.

derte, schien ihm jedoch zu hoch. Er hielt die darin genannten Bedingungen für unerfüllbar und sah seine Einschätzung bestätigt, weil schon wenige Jahre später im Young-Plan eine weitere Revision der Reparationsverpflichtungen erforderlich wurde.¹⁴⁰ Daß die von Dawes ausgearbeiteten Vorschläge zu einer wirtschaftlichen und damit auch politischen Stabilisierung Deutschlands führten und ein erster Schritt zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage waren, erkannte Philipp hingegen nicht an.

Während die Hälfte der DNVP-Abgeordneten durch ihre Zustimmung zum Dawes-Abkommen der schlingenden Republik in ruhigeres Fahrwasser verhalfen, habe laut Philipp die „Dawesspaltung“ und die durch sie hervorgerufene „Führerkrisis“ die DNVP selbst in eine radikalere Richtung geführt: „Unter Führung der strammen Männer oder Preußenfraktion“ sei der Parteivorsitzende Hergt abgelöst und durch Dr. Friedrich Winkler ersetzt worden.¹⁴¹ Philipps Haltung läßt einmal mehr die innere Zerrissenheit der DNVP, ja, ihrer einzelnen Abgeordneten, erkennen: Der in der konkreten Frage des Dawes-Planes mit dem radikalen Flügel gegen das Abkommen stimmende Philipp bedauerte – dies macht nicht nur das Vokabular an dieser Stelle ganz deutlich –, daß eben diese radikalen Kräfte anschließend in der Partei an Einfluß gewannen! Philipps Einschätzung belegt, daß er bei der Dawes-Problematik die Meinung des rechten Flügels seiner Partei teilte, gleichzeitig jedoch in der Innenpolitik auf Ausgleich und Mitarbeit im Rahmen der Verfassung setzte und auf der gemäßigten Seite des innerparteilichen Meinungsspektrums stand. Spinnt man seinen Gedanken über die Auswirkung der „Dawesspaltung“ auf die DNVP fort, so hätte seiner Meinung nach wohl die Partei möglichst geschlossen gegen das außenpolitische Abkommen stimmen müssen, um in der Innenpolitik auf gemäßigtem Kurs bleiben zu können.

Die Reichstagswahlen vom Dezember 1924 und die erste Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen im Januar 1925:

Obwohl der als gemäßigt geltende Hergt abgelöst worden war, kam es bald nach der Spaltung in der Dawes-Frage zur ersten Regierungsbeteiligung der DNVP. In dem Maße nämlich, in dem sich die Republik festigte, wuchs der Druck der hinter der DNVP stehenden ‚pressure-groups‘: Landwirtschaft, Industrie und Handwerk drängten auf eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien der Mitte, „um durch Teilhabe an der Macht stärkeren Einfluß auf den wirtschaftlichen Verteilungskampf nehmen zu können.“¹⁴²

Bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 konnte die DNVP ihr Ergebnis der Maiwahlen (19,5%) mit 20,5% noch einmal leicht verbessern. Die Partei war nun bei der Regierungsbildung praktisch nicht mehr zu übergehen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde schließlich im Januar 1925 die sogenannte „Bürger-

¹⁴⁰ Vgl. PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 18 ff.

¹⁴¹ DERS., Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 149.

¹⁴² KOLB, Weimarer Republik (wie Anm. 5), S. 75.

block“-Regierung unter dem parteilosen bisherigen Finanzminister Hans Luther gebildet. Neben den Deutschnationalen waren daran das Zentrum, die BVP und die DVP beteiligt.¹⁴³

Philipp begrüßte die Regierungsbeteiligung seiner Partei: „Zeitweise Mitverantwortung bei der Staatsführung trotz nur halber Erfolge“, so der Untertitel des Kapitels über die Jahre 1924–1928, „erschien mir besser als dauernde verantwortungslose Opposition mit ganzen Mißerfolgen.“¹⁴⁴ Diese Aussage macht einmal mehr deutlich, daß Philipp zum innenpolitisch gemäßigten, die Republik nicht grundsätzlich ablehnenden Flügel der DNVP gehörte: „Rücksicht auf Koalitionsgenossen und auf führende Persönlichkeiten nötigten zu freundlicheren Umgangsformen in Wort und Schrift und zu mehr Achtung als bisher vor den Einrichtungen des Staates von Weimar und seinen Sinnbildern.“ Die mit dem Eintritt in die Regierung verbundene Schwächung der radikalen Deutschnationalen hob Philipp besonders hervor: „Den Gladiatoren der Partei, die im Kampfe mit der Straße gewohnt waren, draufloszuschlagen, mußten Zügel angelegt werden. Die alten Walzen mit den üblichen Feld-, Wald- und Wiesenreden durften nicht mehr weiter laufen“. Philipp war gleichwohl klar, daß nun unbefriedigende Kompromisse bevorstanden, „doch mußte auf dem nun einmal eingeschlagenen Wege steter sachlicher Arbeit weiter marschiert werden.“¹⁴⁵

Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten:

Die Deutschnationalen waren kaum in der Regierung, da verstarb am 28. Februar 1925 Reichspräsident Friedrich Ebert im Alter von nur 54 Jahren. Es waren wohl nicht zuletzt die dauernden Angriffe von der politischen Rechten gewesen, die ihn psychisch und physisch sehr geschwächt hatten. Eberts Nachfolger wurde der in weiten Teilen der Bevölkerung als Weltkriegs-Held verehrte Paul von Hindenburg, der sich bei seinen wenigen Wahlveranstaltungen meist in Feldherrenuniform präsentierte.¹⁴⁶ Die Wahl Hindenburgs wurde zu einer tiefen Zäsur, in den Worten Philipps zu einem „Wendepunkt in der deutschen Geschichte“.¹⁴⁷

Philipp gehörte zu jenen Deutschnationalen, die zwar politisch in eindeutiger Gegnerschaft zu Ebert standen, aber dennoch die persönliche Leistung des ersten Staatsoberhauptes der deutschen Republik zu würdigen wußten. Deutlich übte Philipp in seinen Erinnerungen Kritik an den auch und besonders von den eigenen Parteifreunden geführten, oft von Haß geprägten Attacken gegen den früheren Sattler, der es bis zum Ersten Mann im Staate gebracht hatte: „War die politische Gegnerschaft zu ihm berechnete Selbstverständlichkeit, so gingen die oft wenig schönen persönlichen Verunglimpfungen untergeordneter Stellen vielfach weit

¹⁴³ Zur Regierungsbildung und zur Rolle der DNVP vgl. im einzelnen DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 83 ff.

¹⁴⁴ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 151.

¹⁴⁵ Ebd., S. 160.

¹⁴⁶ Vgl. DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 127.

¹⁴⁷ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 165.

über das Maß des Zulässigen hinaus. Die veraltete Vorstellung, daß ein Mann, der von unten kam, nicht in der Lage sein würde, das höchste staatliche Amt erfolgreich auszuüben, spukte noch in den Köpfen vieler Rechtsstehender herum und trübte ihren Blick für ein sachliches Urteil.“¹⁴⁸

Philipps ausgewogenen Worte über Ebert ändern freilich nichts daran, daß er die Wahl Hindenburgs begeistert begrüßte. Der Feldmarschall wurde für Philipp „zum Sinnbild der überparteilichen Einigung der beiden Deutschland, die sich bisher so heftig bekämpft hatten.“¹⁴⁹ Die Vereidigung des von vielen gleichsam als Ersatzkaiser betrachteten Heerführers auf die Weimarer Verfassung band Philipp ebenso wie viele andere Konservative enger an die Republik: „Die Wahl eines Monarchisten zum Präsidenten der Republik machte den republikanischen Staat für viele Nationalisten hoffähig.“¹⁵⁰ Zu dieser Gruppe der politischen Rechten gehörte auch Philipp, der ja ohnehin, wie nicht zuletzt sein Urteil über die Regierungsbeteiligung der DNVP 1925 zeigte, zur konstruktiven Mitarbeit in der Republik bereit war. Damit gab er aber zugleich jenen Vertretern des rechten Flügels der DNVP recht, die gegen die Kandidatur Hindenburgs gewesen waren, weil sie befürchteten, der Kampf der Partei gegen das parlamentarische System könnte danach nicht mehr so konsequent wie zuvor geführt werden.¹⁵¹

Das Abkommen von Locarno und das Ausscheiden der Deutschnationalen aus der Regierung Luther:

Das Dilemma zwischen innenpolitischer Verständigungsbereitschaft und außenpolitischer Unnachgiebigkeit den ehemaligen Kriegsgegnern gegenüber, der „Zwiespalt zwischen der deutschnationalen Außen- und Innenpolitik“,¹⁵² zeigte sich wie zuvor beim Dawes-Plan mit schonungsloser Klarheit auch in der Frage des Locarno-Paktes 1925 – diesmal sogar noch mehr, da die Partei ja an der Regierung beteiligt war.

Schon im März startete Außenminister Gustav Stresemann eine diplomatische Offensive und schlug einen Sicherheitspakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien vor, der von Großbritannien und Italien überwacht werden sollte. Die Signatare sollten künftig auf jede gewaltsame Revision der bestehenden Grenzen verzichten. Wegen ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Abkommen mit den Siegermächten, die auf der Basis des Versailler Vertrages abgeschlossen wurden, konnte die DNVP im Grunde nur gegen den Sicherheitspakt sein, der ihr darüber

¹⁴⁸ Ebd., S. 160. Winkler weist jedoch darauf hin, daß es eine Reihe von Nachrufen auf Ebert gegeben habe, u. a. den auch von den deutschnationalen Kabinettsmitgliedern unterzeichneten Nachruf der Reichsregierung, die wie „Versuche einer posthumen Wiedergutmachung“ gewirkt hätten; vgl. WINKLER, Weimar (wie Anm. 87), S. 277.

¹⁴⁹ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 165.

¹⁵⁰ DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 133.

¹⁵¹ Vgl. Ebd., S. 125, 132 f.; Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933, hrsg. von HERMANN WEISS/PAUL HOSER, München 1989, S. 14.

¹⁵² PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 21.

hinaus plötzlich und überraschend vorgelegt wurde. Die Ablehnung war um so mehr programmiert, als der Pakt u. a. die Anerkennung des Verzichts auf Elsaß-Lothringen einschloß. Die Parteiführung wollte jedoch die Regierung, in die die DNVP endlich gelangt war, nicht sofort wieder verlassen.¹⁵³ Widerwillig stimmte sie deshalb der Fortführung der Verhandlungen zu.

Nicht zuletzt innenpolitische Erwägungen waren bei dieser außenpolitischen Entscheidung maßgebend. So standen einige bedeutsame wirtschaftspolitische Entscheidungen an, auf welche die DNVP unbedingt Einfluß nehmen wollte. Außerdem stand die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar bevor. Die Deutschnationalen aber wollten alles verhindern, was eine Sammlung der deutschen Rechten hinter einem gemeinsamen Kandidaten verhindern konnte.¹⁵⁴

Die Politik der Reichstagsfraktion, angeführt vom damaligen Fraktionsvorsitzenden Graf Westarp und dem Innenminister im Kabinett Luther, Schiele, lief auf eine Verzögerungstaktik hinaus. Ziel war es, so lange wie möglich in der Regierung zu bleiben, um die in der Innenpolitik angestrebten Ziele zu erreichen und gleichzeitig auf den entstehenden Sicherheitspakt Einfluß im deutschnationalen Sinne auszuüben, nach Möglichkeit ihn sogar scheitern zu lassen. Erst bei einem sich deutlich abzeichnenden Mißlingen, die „eigenmächtigen Machenschaften Stresemanns“¹⁵⁵ zu blockieren, sollte die Koalition verlassen werden, so spät es eben ging.¹⁵⁶ Zumindest was die außenpolitische Komponente dieser Taktik anging, den Verbleib in der Regierung, um Einfluß auf den Sicherheitspakt zu nehmen, wurde dieses Vorgehen auch von Philipp unterstützt.¹⁵⁷

Schließlich scheiterte die Taktik der Fraktion jedoch an den ganz anderen Absichten der Parteibasis. Diese machte nämlich in immer stärkerem Maße Front gegen die eigenen Parlamentarier und verlangte eine eindeutig ablehnende Politik in bezug auf den Sicherheitspakt.¹⁵⁸ Einzelne Landesverbände drohten gar mit ihrem Austritt aus der Partei, sollte die Fraktion nicht dem Drängen der Basis nachgeben.¹⁵⁹ Am 23. Oktober 1925 tagte in Berlin eine Delegiertenkonferenz der DNVP, von der ein solcher Druck auf die Fraktion ausgeübt wurde, daß am 25. Oktober die deutschnationalen Minister das Kabinett verlassen mußten. Die erste Beteiligung der Deutschnationalen an einer republikanischen Regierung war beendet, ‚Locarno‘ aber nicht verhindert, sondern von der Regierung schließlich gemeinsam mit den Sozialdemokraten verwirklicht.

Philipp kritisierte das Verhalten der von der „Preußenfraktion“¹⁶⁰ beherrschten Parteidelegierten scharf: „Hätten diese unverantwortlichen Politiker den deutsch-

¹⁵³ Vgl. HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP (wie Anm. 70), S. 177.

¹⁵⁴ Vgl. DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 110, 142.

¹⁵⁵ So das harte Urteil Philipps; PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 183.

¹⁵⁶ Vgl. DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 137.

¹⁵⁷ Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 183.

¹⁵⁸ Vgl. DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 139 f.

¹⁵⁹ Vgl. Ebd., S. 159.

¹⁶⁰ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 186; DERS., Bilanz (wie Anm. 15), S. 20.

nationalen Ministern und Abgeordneten freie Hand gelassen, wäre die Entscheidung über das ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ zum Werke von Locarno bis zur letzten Minute verzögert worden, um inzwischen weitere Zugeständnisse [...] zu ermöglichen.“¹⁶¹ Die DNVP sei „leider zu früh“ aus der Regierung ausgetreten.¹⁶²

Philipps Haltung in der Locarno-Frage erscheint alles in allem zweideutig. Einerseits beklagte er, daß innenpolitische Erwägungen die Außenpolitik der Partei beeinflusst und damit das Primat der Außenpolitik untergraben hätten.¹⁶³ Schonungslos kritisierte er zugleich die Schwäche der Partei, der bei der Regierungsbeteiligung 1925 nur zwei Möglichkeiten geblieben seien: Entweder wieder aus der Regierung auszutreten oder sich in der Außenpolitik erneut – wie schon 1924 – unterzuordnen. Andererseits hielt er der DNVP vor, ihr habe die nötige „Biegsamkeit“ gefehlt, um außenpolitische Erfolge zu erzielen. Einen Ausweg aus dem Dilemma zeigte Philipp aber auch rückblickend nicht auf. Im Gegenteil: Mit seiner Einschätzung belegt er vielmehr, daß er gleichsam Teil des Dilemmas war. Nach dem Abschluß des Locarnopaktes, der nun „als zunächst unabänderliche Tatsache hingenommen werden mußte“, sei erneut der Zeitpunkt gekommen, „zu dem die Deutschnationalen wieder mit der Forderung auf Regierungsbeteiligung hervortreten konnten, ohne mit der Schuld an den geschehenen außenpolitischen Bindungen belastet zu sein.“¹⁶⁴ An anderer Stelle heißt es dann aber im Hinblick auf die Bildung des vierten Kabinetts Marx 1927, als Locarno nachträglich auch von den Deutschnationalen als „bindendes Recht“ anerkannt wurde, die Partei habe einen schwer vermittelbaren „Zickzackkurs“ gesteuert. Einen konstruktiven Beitrag zur Außenpolitik seiner Partei zu leisten war Philipp aber nicht in der Lage, und auch in der Retrospektive blieb ihm nicht viel mehr, als ihren – und damit auch seinen eigenen – Zwiespalt zu konstatieren.

Die Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen 1927–1928:

Nach dem Ausscheiden der DNVP aus der Regierung im Oktober 1925 gab es im Jahr darauf zwei bürgerliche Minderheitskabinette, zunächst unter Reichskanzler Luther, dann unter Marx. Doch auf Dauer war eine Erweiterung der Regierung erforderlich, um zu mehr politischer Stabilität zu kommen. So entstand schließlich im Januar 1927 unter Einbeziehung der DNVP und unter der Kanzlerschaft von Marx der zweite ‚Bürgerblock‘.¹⁶⁵ Doch auch diese Regierung war von Anfang an brüchig und währte gerade einmal ein Jahr: Im Februar 1928 fiel sie schon wieder auseinander. Philipp hob jedoch hervor, daß keine der vorangegangenen Regierungen so lange gehalten habe. Er sah darin einen Beleg dafür, „daß im

¹⁶¹ DERS., *Erinnerungen* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 183 f.

¹⁶² DERS., *Bilanz* (wie Anm. 15), S. 20.

¹⁶³ Vgl. Ebd., S. 21.

¹⁶⁴ PHILIPP, *Erinnerungen* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 185.

¹⁶⁵ Die bereits erwähnte Zwischenüberschrift macht deutlich, daß Philipp auch die zweite Regierungsbeteiligung seiner Partei guthieß.

Deutschland des parlamentarischen Systems von Weimar eine Rechtsregierung immer noch am ehesten geeignet war, feste Verhältnisse zu schaffen“.¹⁶⁶

Das Jahr, in dem die DNVP an der Regierung beteiligt war, wird in den Erinnerungen Philipps sehr knapp behandelt. Dies bestätigt den Eindruck Hiller von Gaertringens, daß, wer damals die Regierungsarbeit der Deutschnationalen verfolgte, ihren Beitrag „nur als den einer ‚normalen‘ Regierungspartei einstufen“ konnte.¹⁶⁷ Sebastian Haffner formulierte über diese Zeit, die Mitte der Zwanziger Jahre, pointiert: „Manchmal gab es einen Regierungswechsel, manchmal regierten die Rechtsparteien, manchmal die Linksparteien. Man merkte keinen großen Unterschied. Immer hieß der Außenminister Gustav Stresemann.“¹⁶⁸

Lediglich zwei Gesetzesvorhaben ragten 1927 aus Sicht der DNVP heraus: Die Verlängerung des Republikschutzgesetzes und das Reichsschulgesetz. Die Verlängerung des Republikschutzgesetzes wurde von den Deutschnationalen mitgetragen, obwohl sie 1922 scharf gegen dieses Gesetz gekämpft hatten, das nach den Morden an Rathenau und Erzberger vor allem der Eindämmung des terroristischen Rechtsextremismus dienen sollte. Besonders die Zustimmung zum § 23 des Gesetzes machte der DNVP 1927 schwer zu schaffen: Der Paragraph regelte, daß eine – damals keineswegs unmittelbar bevorstehende – Rückkehr Wilhelms II. aus dem Exil in Holland der Genehmigung der Regierung bedürfe. Diesem Paragraphen zuzustimmen, mußte einer Partei, die noch immer die Monarchie auf ihren Fahnen trug, schwerfallen. Um die Koalition nicht sofort wieder scheitern zu lassen, stimmte die Fraktion jedoch im Mai 1927 dem Gesetz zu.¹⁶⁹ Aus den Erinnerungen Philipps geht nicht hervor, wie er persönlich zum Republikschutzgesetz stand. Er hob lediglich die Besonderheit hervor, daß DNVP und Sozialdemokraten „– wenn auch sichtbar widerwillig – eine gemeinsame Front zur Annahme der Vorlage bildeten.“¹⁷⁰

Anlaß des Auseinanderbrechens der Regierung war dann der Streit um ein vom deutschnationalen Innenminister von Keudell vorgelegtes Schulgesetz, das beim Koalitionspartner DVP auf scharfen Widerspruch stieß. Mit dem Scheitern der Regierung Marx im Februar 1928 hatte der Kurs der Annäherung der DNVP an die Weimarer Republik ihr Ende gefunden. Mit der nun bevorstehenden Übernahme der Parteiführung durch Alfred Hugenberg zeichnete sich ab, daß die Deutschnationalen in die Totalopposition zur Weimarer Republik gehen würden.

Die Übernahme des Parteivorsitzes durch Alfred Hugenberg 1928:

Die Niederlage bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 bereitete Hugenberg den Weg. Die DNVP mußte schwere Verluste hinnehmen: Von 20,5 Prozent der

¹⁶⁶ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 208.

¹⁶⁷ HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP (wie Anm. 70), S. 177.

¹⁶⁸ SEBASTIAN HAFFNER, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, Stuttgart, München 42000, S. 68.

¹⁶⁹ Vgl. hierzu DÖRR, DNVP 1925–1928 (wie Anm. 7), S. 303 ff.; HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP (wie Anm. 70), S. 177 f.

¹⁷⁰ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 202.

Stimmen fiel sie auf 14,2 Prozent zurück. In der Auseinandersetzung um die Gründe der Niederlage zeigte sich, daß die DNVP auch nach zehn Jahren nicht zu einer politischen Einheit zusammengewachsen war. Nach wie vor war nicht klar, ob sie eine Partei der grundsätzlichen und unerbittlichen Opposition war oder eine Partei, die zur Mitarbeit im Staat von Weimar bereit war. Das hatten auch die Wähler gespürt. Der grundlegende innerparteiliche Konflikt mußte nun endlich ausgetragen werden.

Eine erste Entladung des aufgestauten Konfliktpotentials erfolgte in der sogenannten Lambach-Affäre. Walter Lambach, Abgeordneter der DNVP und zugleich Vorsitzender des einflußreichen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, hatte in einem vielbeachteten Aufsatz im Juni 1928 die Forderung erhoben, die Restauration der Monarchie nicht mehr als ein die Partei verpflichtendes Ziel zu betrachten, wie das bis dahin weitgehend unangefochten der Fall gewesen war. Dies hatte zu einem entsetzten Aufschrei des rechten Parteiflügels geführt, der Lambach aus der Partei ausschließen wollte.¹⁷¹ Philipps Haltung zum Fall Lambach, der ja nur exemplarisch für das Problem der DNVP war, zwischen monarchischer Sehnsucht und republikanischer Realität unsicher zu schwanken, geht aus den Memoiren nicht klar hervor. Ein gewisses Mißtrauen dem zum linken Parteiflügel gehörenden Lambach gegenüber wird man Philipp unterstellen können; Lambach sei, schrieb Philipp, „als überzeugter Gewerkschafter oft ein unbequemer Fraktionsgenosse“ gewesen.¹⁷² Eindeutig verurteilte Philipp jedoch die „Wühlarbeit“ Hugenberg gegen Abgeordnete, die ihm „und seinem Klüngel“ nicht „genehm waren oder von diesem als parteischädlich betrachtet wurden.“ Er bezeichnete Hugenberg als einen „stets im Hintergrunde bleibenden Drahtzieher[s]“, der nicht zuletzt seine Finanzgewalt eingesetzt habe, um die DNVP in seinen Griff zu bekommen.¹⁷³

Die sich an die Lambach-Affäre anschließende parteiinterne Debatte mündete schnell in eine Auseinandersetzung um die Führung der DNVP. Der gemäßigte Graf Westarp wurde zunehmend von rechts unter Druck gesetzt; „immer mehr kam die schärfere Richtung der Fraktion zu Worte und sammelte in der verantwortungslosen Rolle oppositioneller Kritik rednerische Lorbeeren.“¹⁷⁴ Am 20. Oktober hatte der ‚Pressezar‘ sein Ziel erreicht: Alfred Hugenberg wurde zum Parteivorsitzenden gewählt. Philipp selbst gehörte zu jenen, die für eine Wiederwahl von Oskar Hergt zum Parteivorsitzenden eintraten. Hergt, von 1919–1924 erster Vorsitzender, war der Kandidat des gemäßigten Flügels um Westarp.¹⁷⁵ Hugenberg setzte sich jedoch durch, stellte seine Partei sofort vor die Frage: „Block oder Brei“¹⁷⁶ und entschied selbst für den „Block“: Die DNVP sollte unter seiner

¹⁷¹ Vgl. CHANADY, Disintegration (wie Anm. 82), S. 82 f.

¹⁷² PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 284.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ Ebd., S. 282.

¹⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 286.

¹⁷⁶ Zit. nach HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP, in: Das Ende der Parteien (wie Anm. 82), S. 546.

Führung eisen Fundamentalsoption betreiben. Mit der Übernahme des Parteivorsitzes wurde auch nach außen dokumentiert, was Kenner der politischen Szenerie schon seit der Gründung der DNVP wußten: wie stark nämlich der Einfluß Hugenburgs auf die Geschicke der Partei war.¹⁷⁷ Auch Philipp war nicht verborgen geblieben, daß Hugenburg schon ab 1919, vor allem auf finanziellem Wege, Einfluß auf die DNVP genommen hatte. Sein retrospektives Urteil über Hugenburg fiel eindeutig aus: Dieser habe sich „immer unrettbarer in einen wilden Kampf gegen das herrschende System“ verstrickt, „das er als ‚halbsozialistisch, überbürokratisiert und lebensunfähig‘ bezeichnete.“ Diese Kritik erachtete Philipp an sich für berechtigt, sah aber, daß Hugenburg letztlich keine wirkliche Alternative zu bieten hatte und sich im Grunde in erbarmungsloser und destruktiver Kritik erschöpfte.¹⁷⁸ Philipp verkannte auch nicht, daß Hugenburg dazu beitrug, Hitler den Weg zur Macht zu ebnen: „Hugenburg, der Urvater all der verschiedenen Pläne, durch Diktatur das Vaterland zu retten, wurde schließlich zum Handlanger Hitlers und damit zum Totengräber der von ihm mit so großen Hoffnungen mitgegründeten, finanzierten, schließlich allein geführten und durch ihn gespaltenen Deutschnationalen Volkspartei.“¹⁷⁹

Philipp gehörte also nicht zum Hugenburg-Flügel der DNVP und ahnte schon vor der Reichstagswahl im Mai 1928, daß diese wohl seine letzte Wahlperiode einleiten würde. Nur über eine „deutschnationale Landliste“ gelangte er noch einmal in den Reichstag, wo er sich, weil er nicht auf der eigentlichen Parteiliste gewählt worden war, „in den Augen mancher Fraktionsgenossen“ als „solcher minderen Grades“ fühlte.

Der Young-Plan und das Auseinanderbrechen der Deutschnationalen 1929/30:

Die nächste große außenpolitische Streitfrage führte schließlich, man muß fast sagen: folgerichtig, zur Spaltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Es ging dabei um die Revision des Dawes-Planes durch den Young-Plan.

Alles in allem brachte der Young-Plan für Deutschland deutliche Erleichterungen. „Die deutsche Rechte“ wollte jedoch, so Heinrich August Winkler, „die Erfolge nicht wahrhaben, die die Reichsregierung in Paris und Den Haag errungen hatte.“¹⁸⁰ Ihre Ablehnung des Übereinkommens stand von vornherein fest. Für Hugenburg wurde der Young-Plan zur Gelegenheit, in einem Kreuzzug nicht nur gegen die Reparationspolitik, sondern gegen die Republik an sich zu Felde zu ziehen. Am 9. Juli 1929 wurde in Berlin der „Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren“ gebildet, in dem neben Alld deutschem Verband, Stahlhelm und Adolf Hitlers NSDAP auch die DNVP unter ihrem ‚Führer‘ Hugenburg vertreten war.

¹⁷⁷ Vgl. hierzu HEIDRUN HOLZBACH, Das „System Hugenburg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 102 ff.

¹⁷⁸ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 194.

¹⁷⁹ PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 22.

¹⁸⁰ WINKLER, Weimar (wie Anm. 87), S. 349.

In einer Erklärung des Reichsausschusses wurde das deutsche Volk zum Kampf gegen den Young-Plan und die ‚Kriegsschuldlüge‘ aufgerufen. Ein Volksbegehren gegen den Young-Plan wurde angekündigt.

Philipp war zwar wegen Zweifeln an seiner Erfüllbarkeit mit Hugenberg der Meinung, daß der Young-Plan abzulehnen sei. Das gemeinsame Volksbegehren von DNVP und NSDAP sah er jedoch kritisch: „Das war der entscheidende Stichtag für die bald so verhängnisvoll werdende Verbindung Hugenbergs mit Hitler.“ Im nachhinein will er auch vor der Überschätzung Hugenbergs und der DNVP gewarnt haben: „Wenn ich darauf hinwies, daß die Nationalsozialisten zufolge ihrer gewaltigen, immer weiter wachsenden Stimmenzahl sich kaum einer anderen Führung als der Hitlers unterordnen würden, stieß ich bei den leidenschaftlich erregten Hugenbergianern auf schroffen Widerspruch.“ Die weitere Entwicklung habe ihm indes Recht gegeben, denn die Art, wie die Kampagne für das Volksbegehren geführt wurde, habe gezeigt, so Philipp in spöttischem Ton, „daß der große Führer Hugenberg zum Mitläufer Hitlers wurde.“¹⁸¹ Im übrigen sei das Volksbegehren bzw. der diesem folgende Volksentscheid von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Man hätte besser, so Philipp, die Möglichkeiten zu nutzen versucht, die „Mittelparteien“ mit in die Front gegen das Abkommen hineinzuziehen.¹⁸² Dazu kam es jedoch nicht.

Die polarisierende Wirkung des sogenannten „Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes“, das mit dem Volksbegehren eingebracht werden sollte, war vor allem in seinem § 4 begründet. Dort hieß es: „Reichskanzler und Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 StGB vorgesehenen Strafen.“¹⁸³ Das bedeutete: Landesverrat, der mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bedroht war. In einer ersten Fassung des § 4 war sogar Hindenburg, Symbolfigur der Rechten und seit 1924 Ehrenmitglied des an der Vorbereitung des Volksbegehrens beteiligten ‚Stahlhelms‘, in die Strafandrohung eingeschlossen gewesen; nur „mit Mühe gelang es [...] den Deutschnationalen, durch eine Neufassung des § 4 wenigstens den Reichspräsidenten aus der Reihe der Personen auszuschalten, denen bei Unterzeichnung des Youngplanes eine Bestrafung wegen Landesverrats angedroht wurde.“¹⁸⁴

Das Volksbegehren nahm denkbar knapp die von der Verfassung aufgestellte Hürde: 10,02% der Stimmberechtigten hatten sich eingetragen, nur 0,2% mehr als erforderlich. Dennoch mußte sich nun der Reichstag mit dem ‚Freiheitsgesetz‘ beschäftigen, was Ende November 1929 geschah. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde der Gesetzentwurf abgelehnt. Der sich am 22. Dezember anschließende Volksentscheid unterstrich das Scheitern des Reichsausschusses: Nur 5,8 Millionen statt der erforderlichen 21 Millionen stimmten für das ‚Freiheitsgesetz‘.

¹⁸¹ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 290.

¹⁸² Ebd., S. 289 f.

¹⁸³ Zit. nach WINKLER, Weimar (wie Anm. 87), S. 355.

¹⁸⁴ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 290.

Für die Republik waren die Folgen jedoch desaströs: Hitler war nun als Bündnispartner der etablierten Rechten anerkannt und erhielt Zugang zu deren Geldmitteln. Der weitere Aufstieg der NSDAP wurde so befördert.¹⁸⁵ Die DNVP aber wurde in der Auseinandersetzung um das Freiheitsgesetz auseinandergerissen.

Bei der Abstimmung kam es nämlich zum Eklat: Von den 72 Abgeordneten der DNVP hatten nur 53 für den umstrittenen §4 gestimmt – eine immerhin beträchtliche Minderheit der Fraktion hatte sich also dem Führungsanspruch Hugenberg entgegengestellt. Zwölf Abgeordnete, überwiegend Repräsentanten des christlich-sozialen Arbeitnehmerflügels der Partei, schieden Anfang Dezember aus der Reichstagsfraktion aus und bildeten die Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft. Graf Westarp legte den Vorsitz der DNVP-Fraktion nieder, sein Nachfolger wurde der Hugenberg-Anhänger Dr. Ernst Oberfohren: Hugenberg übernahm also immer mehr die uneingeschränkte Führung der Partei. Diese schrumpfte dabei jedoch. Man könnte auch sagen: Je kleiner die DNVP wurde, desto besser bekam Hugenberg sie in den Griff, bzw. je besser Hugenberg sie in den Griff bekam, desto kleiner wurde sie! Die Gegner Hugenburgs brachten diesen Sachverhalt auf die spöttische und treffende Formel: „durch Reinheit zur Kleinheit“.¹⁸⁶

Albrecht Philipp nahm in der Frage des ‚Freiheitsgesetzes‘ eine unklare Rolle ein. Weil er krank war, konnte er an der Abstimmung im Reichstag nicht teilnehmen. Er teilte aber nach Berlin mit, daß er im Falle seiner Anwesenheit für das Gesetz, also mit dem Hugenberg-Flügel stimmen würde. Allerdings nahm er für sich in Anspruch, daß er sein Urteil überdacht hätte, wenn er die „neuesten Vorgänge in Berlin“ gekannt hätte. Was damit im einzelnen gemeint war, bleibt jedoch unklar: „Ich gebe [...] zu, daß ich gegen den §4 schwere Bedenken hatte und wahrscheinlich, wenn es mir möglich gewesen wäre, an der entscheidenden Reichstagssitzung teilzunehmen, mich der Gruppe Hergt – Schiele angeschlossen hätte.“¹⁸⁷ Wieder einmal wird Philipps Gespaltenheit in außenpolitischen Angelegenheiten deutlich. Darin war er ganz Repräsentant seiner Partei bzw. jenes ihrer Flügel, der grundsätzlich für die Übernahme von Verantwortung in der Republik eintrat. Einerseits hielt ihn seine nationalistische Grundeinstellung dazu an, den Young-Plan abzulehnen.¹⁸⁸ Andererseits widerstrebte ihm auch der Kampf Hugenburgs an der Seite Hitlers gegen die Republik als Ganzes, und er behauptete, es sei ihm klar gewesen, daß die „Gewinner der ganzen verfehlten Youngkampagne“ die Nationalsozialisten waren.

Mit dem Ausscheiden von zwölf Abgeordneten aus der Reichstagsfraktion war die durch Hugenburgs polarisierenden Kurs ausgelöste Sezessionsbewegung von der DNVP noch nicht abgeschlossen. Im März 1930 wurde das Kabinett Brüning gebildet, und Hugenberg sah sich bald vor die Frage gestellt, ob er bei seiner Ob-

¹⁸⁵ Vgl. WINKLER, Weimar (wie Anm. 87), S. 356.

¹⁸⁶ HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP (wie Anm. 70), S. 181.

¹⁸⁷ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 293.

¹⁸⁸ Nach Chanady war diese Haltung besonders bei den Vertretern agrarischer Interessen in der DNVP weit verbreitet; vgl. CHANADY, Disintegration (wie Anm. 82), S. 85.

struktionspolitik bleiben sollte, obwohl die Regierung, zu der der bisherige deutschnationale Politiker Schiele gehörte, einige agrarpolitische Maßnahmen durchführen wollte, die den Forderungen der DNVP entsprachen. Nach anfänglichem Zögern kehrte Hugenberg aber zu seiner kompromißlosen Haltung zurück. So forcierte er die Sprengung der Reichstagsfraktion.¹⁸⁹

Am 14. April stimmte deren Mehrheit für Brünings Steuervorlagen und das damit untrennbar verbundene Agrar- und Osthilfeprogramm, also gegen den Willen Hugenburgs. Dieser reagierte entsprechend empört und ließ den ihm ergebenen Parteivorstand mit Vier-Fünftel-Mehrheit das Verhalten der Fraktionsmehrheit mißbilligen. Die Partei wurde auf einen strikt systemoppositionellen Kurs festgelegt, von dem abzuweichen allein mehr Hugenberg entscheiden durfte. Diese parteiinterne Diktatur mitzumachen waren die sogenannten „Westarpiten“, zu denen auch Philipp sich zählte,¹⁹⁰ nicht bereit. Am 2. Mai erklärten 28 Abgeordnete, für sich auch in Zukunft die volle Entscheidungsfreiheit in Anspruch nehmen zu wollen, unter ihnen Albrecht Philipp. Bald darauf, am 18. Juli, kam es im Parlament über der Frage der Aufhebung Brüning'scher Notverordnungen in der Finanzpolitik zur „endgültige[n] Sprengung der Deutschnationalen Volkspartei“ und ihrer Reichstagsfraktion – diesmal in zwei etwa gleich große Hälften.¹⁹¹

Albrecht Philipp stimmte mit dem Westarp-Flügel gegen den Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Notverordnungen Brünings aufzuheben. Dieser Antrag wurde vom Hugenberg-Flügel und den Nationalsozialisten aus taktischen Gründen unterstützt. Die gemäßigten Deutschnationalen wollten jedoch der bürgerlichen Regierung eine Bewährungschance geben. Philipp zitierte aus der Reichstagsrede des Grafen Westarp, um seinen Standpunkt zu erläutern. „Wir stehen der Regierung Brüning auch weiterhin kritisch gegenüber“, so der Graf, „glauben aber, dieser Regierung, die auf vielen Gebieten mit Reformarbeit begonnen hat, noch eine Frist zur Überwindung der schweren, in kurzer Zeit überhaupt nicht zu behebenden wirtschaftlichen Nöte [...] einräumen zu müssen. Die wirtschaftliche Not erfordert eine stabile Regierung und verträgt keine weitere Erschütterung durch Regierungskrisen und Wahlkämpfe.“¹⁹² Die ‚Westarpiten‘ erreichten ihr Ziel jedoch nicht; die Notverordnungen wurden mit 236 gegen 221 Stimmen aufgehoben, der Reichstag daraufhin aufgelöst. Die von Philipp nach der Abstimmung erklärte Auflösung seiner „Fraktionsgemeinschaft mit der Deutsch-Nationalen [sic!] Volkspartei“¹⁹³ war insofern obsolet: Seine politische

¹⁸⁹ Vgl. hierzu HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP (wie Anm. 70), S. 180 f.; DERS., DNVP, in: Das Ende der Parteien (wie Anm. 82), S. 549 f.

¹⁹⁰ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 299 ff., Zitat S. 301.

¹⁹¹ Vgl. Ebd., S. 301; HILLER VON GAERTRINGEN, DNVP, in: Das Ende der Parteien (wie Anm. 82), S. 551 ff.

¹⁹² PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 300 f.

¹⁹³ SächsHStA Dresden, Nachlaß Philipp, Nr.24, Entwurf einer Erklärung zum Abdruck im „Erzgebirgischen Landwirt“ vom 19. 7. 1930.

Karriere war ohnehin an ihrem Ende. Als Mann jenes Parteiflügels, der Hugenberg nicht bedingungslos zu folgen bereit war, hatte er keine Aussicht, noch einmal für die DNVP in den Reichstag zurückzukehren.

In seinem „Versuch einer parteipolitischen Bilanz“ zog Philipp später ein nüchternes Fazit der kurzen Geschichte seiner Partei: „Überblickt man die Tätigkeit der Deutschnationalen in der Zeit des Bestehens ihrer Partei von 1918 bis 1933, so kann man wohl sagen, daß die auf sie gesetzten Hoffnungen zum großen Teile nicht erfüllt werden konnten.“¹⁹⁴

Albrecht Philipp und der Parlamentarische Untersuchungsausschuß über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs (1919–1928)

Fast während seiner gesamten Zeit als Reichstagsabgeordneter war Albrecht Philipp Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuldfragen bzw. Mitglied in dessen weitgehend autonomem Vierten Unterausschuß über „Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918“. Zwischen 1925 und 1928 war er sogar Vorsitzender dieses Unterausschusses. Philipp berichtete, er habe den „größten Teil“ seiner Arbeitskraft zwischen 1919 und 1930 dieser Aufgabe gewidmet, die ihm als ausgebildetem Historiker natürlich sehr entgegenkam. Nicht nur in seinen Memoiren ging Philipp auf den Untersuchungsausschuß ein. Schon früher hatte er in mehreren Schriften über die Arbeit des Ausschusses berichtet.¹⁹⁵ Zudem war er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender Herausgeber der umfangreichen Schriftenreihe des Vierten Unterausschusses. In diesen Veröffentlichungen sah Philipp selbst die „vielleicht [...] bleibendste Leistung aus meiner Abgeordnetenzeit“.¹⁹⁶

Ursprünglich war vom sozialdemokratischen Justizminister Landsberg im März 1919 ein Staatsgerichtshof „zur Erforschung von Vorgängen vor und in dem Weltkrieg“ geplant, von dem die „Kriegsschuldigen“ mit den Mitteln der politischen Justiz verfolgt werden sollten.¹⁹⁷ Von diesem – natürlich sehr umstrittenen und gerade, aber nicht nur, von den Deutschnationalen abgelehnten¹⁹⁸ – Vorhaben ging man jedoch schnell ab. Die Parlamentsmehrheit verständigte sich statt dessen, gegen die Stimmen von DNVP und DVP, auf die Einsetzung eines Unter-

¹⁹⁴ PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 37.

¹⁹⁵ Philipp zählt diese Schriften in seinen Memoiren auf; vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 216 f.

¹⁹⁶ Ebd., S. 216. Nicht ohne Stolz hatte Philipp in einer Publikation schon 1925 darauf hingewiesen, daß er der einzige Abgeordnete war, der dem Untersuchungsausschuß seit 1919 ununterbrochen angehört hatte; ALBRECHT PHILIPP, Die Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruchs 1918. Die Geschichte einer ‚parlamentarischen Untersuchung‘ 1919–1925, Berlin 1925, S. 2.

¹⁹⁷ ULRICH HEINEMANN, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 59), Göttingen 1983, S. 156.

¹⁹⁸ Vgl. PHILIPP, Die Ursachen (wie Anm. 197), S. 8.

suchungsausschusses, der sich mit Vorgeschichte, Verlauf und Ende des Krieges beschäftigen sollte und eine Art „Kriegsschuldkommission des deutschen Parlaments“ darstellte.¹⁹⁹ Der Ausschuß konstituierte sich am 21. August 1919, und nur wenige Wochen später, am 2. Oktober, wurde sein Vierter Unterausschuß gebildet, in dem Philipp dann tätig war.

Aufgabe dieses Gremiums war es, der Frage nachzugehen, wer und welche Umstände für den militärischen und politischen Zusammenbruch des Kaiserreiches im Herbst 1918 verantwortlich gewesen waren. Im Zentrum seiner Untersuchungen stand mithin die ‚Dolchstoßlegende‘, die die kurze Geschichte der Weimarer Republik von ihrer Entstehung 1918 bis zu ihrem Untergang im Sog des Nationalsozialismus überschattete.

War die DNVP auch per se gegen den Untersuchungsausschuß gewesen,²⁰⁰ so waren die im Vierten Unterausschuß behandelten Fragen immerhin jene, die die Deutschnationalen besonders interessierten. Anneliese Thimme hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Sozialdemokraten vor allem die Frage stellten: „Wer hat das ganze Unglück [den Krieg, R.G.] begonnen?“ Den Konservativen hingegen ging es vor allem darum zu fragen: „Wer hat schuld am Zusammenbruch oder wer hat uns um den Sieg betrogen, [...] wer hat schuld, daß wir unsere Herrschaft verloren haben?“²⁰¹ Philipp leitete also einen Parlamentsausschuß, der für die Identität gerade der Deutschnationalen von großer Bedeutung war. Es sei dabei freilich „nicht immer leicht“ gewesen, „die Wünsche der deutschnationalen Parteifreunde im Lande wie in der Fraktion zu befriedigen.“²⁰²

Philipp bemühte sich, seine Tätigkeit im Untersuchungsausschuß in seinen Memoiren als ausgewogen und unparteiisch darzustellen. Er betonte die trotz gegensätzlicher Anschauungen ausgesprochen gute Zusammenarbeit mit dem Sozialdemokraten Dr. Julius Moses, der nach Philipps Angaben beabsichtigt habe, ihm im Plenum des Reichstags für seine Tätigkeit als Ausschußvorsitzender ausdrücklich zu danken. Philipp habe ihm dies ausreden müssen, „denn es gab unter meinen Parteifreunden damals sehr geteilte Meinungen über die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses, und ein Lob von links hätte meiner Stellung in der Fraktion und mir bei den bald fälligen Wahlen schaden können.“²⁰³ In der Tat hatte es schon früher Kritik von rechts an Philipps Ausschußführung gegeben, und jene konser-

¹⁹⁹ HEINEMANN, Die verdrängte Niederlage (wie Anm. 198), S. 158. Heinemann berichtet ausführlich über die Entstehung des Ausschusses und seine Arbeitsweise sowie über den Gang der Verhandlungen des Vierten Unterausschusses; ebd. S. 177–191.

²⁰⁰ Auch Philipp sah im Untersuchungsausschuß ein „Werk“ der „revolutionären Kräfte“. Erst nach und nach sei es dem von ihm geleiteten Unterausschuß gelungen, „auf dem Wege sachlicher gemeinschaftlicher Arbeit sich von den Ereignissen zu distanzieren, denen er seine Entstehung verdankt und damit objektive Forscherarbeit zu leisten.“; PHILIPP, Die Ursachen (wie Anm. 197), S. 37, 39.

²⁰¹ THIMME, Flucht in den Mythos (wie Anm. 74), S. 77.

²⁰² PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 216.

²⁰³ Ebd., S. 218 f.

vativen Kreise, die ohnehin gegen die Einrichtung des Ausschusses gewesen waren, hatten 1926 nach publikumswirksamen Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann über die Mißstände in der kaiserlichen Marine gegen Kriegsende gefordert: „Schluß mit diesen Untersuchungen!“²⁰⁴

Philipp war jedoch – so wie auch Graf Westarp – der Meinung, man müsse sich nun erst recht bemühen, die Untersuchungen zu einem für die Deutschnationalen erträglichen Gesamtergebnis zu führen. Wenn Philipp auch in den Memoiren seine Ausschußführung als wissenschaftlich und unparteiisch darzustellen suchte, so wird doch deutlich, daß er letztlich das ganze Unternehmen mit einem bestimmten Interesse betrieben hatte: Es war ihm um „den Freispruch der Obersten Heeresleitung von der Schuld am deutschen Zusammenbruch und die Ehrenrettung des deutschen Frontheeres“²⁰⁵ gegangen, und diesen meinte er auch durch die Entschließungen des Untersuchungsausschusses letztlich erreicht zu haben.²⁰⁶ Voller Stolz verwies Philipp auf die Dankesschriften, die ihm nach Abschluß der Untersuchungen führende Militärs sandten, darunter auch ein Brief Hindenburgs, der inzwischen Reichspräsident geworden war: „Ich konnte damit zufrieden sein.“²⁰⁷

So wundert es nicht, daß ein anderer Abgeordneter, der selbst aus dem bürgerlichen Lager stammte und ursprünglich sogar der DNVP angehört hatte, Philipps Verhandlungsführung ganz anders beurteilte als dieser selbst. Johann Victor Bredt,

²⁰⁴ Ebd., S. 239. Über das Auftreten Dittmanns im Ausschuß, v. a. zu seinen „Enthüllungen und Feststellungen über die Marine im Weltkriege“ vgl. WILHELM DITTMANN, *Erinnerungen*, bearb. und eingeleitet von Jürgen Rojahn, 3 Bde., Frankfurt, New York 1995, hier Bd. 3, S. 903 ff. Auch Philipp war danach von den Ausführungen Dittmanns erschüttert gewesen; ebd., S. 915.

²⁰⁵ PHILIPP, *Erinnerungen* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 228. Dies wird auch in seiner Broschüre über den Untersuchungsausschuß aus dem Jahr 1925 deutlich. Philipp betont darin, es sei Ziel des Ausschusses gewesen, „die Untersuchung möglichst aus der Tagespolitik herauszuziehen und wissenschaftlich zu gestalten.“ Gleichzeitig unterliefen ihm aber seine Absicht entlarvende Formulierungen. So habe etwa der General von Kuhl „tapfer“ die Oberste Heeresleitung gegen „die Angriffe“ des Sachverständigen Delbrück „in Schutz“ genommen; PHILIPP, *Die Ursachen* (wie Anm. 197), S. 13, 18. In der Sippengeschichte aus dem Jahr 1938 schrieb Philipp, er habe sich stets bemüht, „die schwere Verantwortung des Marxismus an dem deutschen Unglück 1918 anzuprangern.“; PHILIPP, *Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf* (wie Anm. 67), S. 95.

²⁰⁶ Vgl. PHILIPP, *Erinnerungen* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 228; vgl. auch DERS., *Die Ursachen* (wie Anm. 197), S. 35: „Mithin lautet das Urteil, das sich aus den parlamentarischen Untersuchungen des 4. Untersuchungsausschusses ergibt, in jeder Hinsicht auf Freispruch der O.H.L.“ Der Ausschuß habe, so heißt es an anderer Stelle noch zugespitzt, „die Anerkennung der welthistorischen Leistungen der deutschen Armee im Westen unter Hindenburg und Ludendorff auch durch den Deutschen Reichstag“ gebracht; ebd., S. 40. Heinemann bezeichnet das Urteil, mit dem der Ausschuß nach fast achtjähriger Tätigkeit seine Arbeiten schloß, als ausweichend, weist aber, damit Philipps Einschätzung bestätigend, darauf hin, daß die militärischen Führer des Weltkriegs als rehabilitiert gelten konnten; HEINEMANN, *Die verdrängte Niederlage* (wie Anm. 198), S. 189 f.

²⁰⁷ PHILIPP, *Erinnerungen* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 228. Graf Westarp teilte diese Zufriedenheit; vgl. WESTARP, *Konservative Politik* (wie Anm. 2), S. 523.

der die Wirtschaftspartei im Untersuchungsausschuß repräsentierte, fällte ein ziemlich vernichtendes Urteil: „Vorsitzender des Ausschusses war ein deutsch-nationaler Studienrat, der sich die größte Mühe gab, die ganzen Verhandlungen in seinem Sinne zu beeinflussen und nur Ergebnisse im deutschnationalen Sinne herauszubringen.“²⁰⁸

Bredt attestierte Philipp damit eben jene Parteilichkeit, die der Historiker Hans Delbrück, selbst Sachverständiger im Vierten Unterausschuß, als grundlegenden Fehler des gesamten Ausschusses konstatierte. Dessen Anliegen, aufzuklären, sei zwar vollauf berechtigt gewesen. Aber „ein aus allen Parteien zusammengesetztes Kollegium ist darum noch keineswegs unparteiisch. [...] Jeder Parlamentarier ist Parteimann.“ Delbrück gestand zwar zu, daß alles in allem „ein ehrliches Streben nach der Wahrheit“ durchaus festzustellen gewesen sei. Aber der Umstand, daß Vertreter der Parteien die Untersuchung durchführten, habe hier gleichsam eine natürliche Grenze gezogen, da die Parteien „auf dieselbe Anklagebank wie die von ihnen vernommenen Zeugen“ gehört hätten.²⁰⁹

Über diese grundsätzliche Skepsis Delbrücks gegenüber dem Instrument eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung eines historischen Sachverhaltes mag man durchaus geteilter Meinung sein. Philipp jedenfalls war, bei allem von ihm selbst empfundenen Bemühen um Sachlichkeit und Unparteilichkeit, mit einem klaren, von vornherein feststehenden Erkenntnisinteresse an seine Arbeit gegangen: Er wollte, ganz im Sinne der Parteiräson der DNVP, die Oberste Heeresleitung des Kaiserreiches exkulpieren. So sind seine Ausführungen über die eigene „Sachlichkeit“ mit Vorsicht zu betrachten. Tatsächlich war Philipp offenbar das Sprachrohr des Militärs im Untersuchungsausschuß. So berichtete er, daß sich eine Stellungnahme des Generals von Gallwitz im Untersuchungsausschuß erübrigt habe, weil er mit ihm ohnehin die Vorgänge dort laufend besprochen habe.²¹⁰

Gleichwohl sollte man die Energie, mit der er als Ausschußvorsitzender wirkte und die Publikation seiner alle Meinungen umfassenden Verhandlungen, Gutachten und Urkunden betrieb, anerkennen. Die Veröffentlichung der zwölfbändigen Schriftenreihe über „den militärischen und außenpolitischen Zusammenbruch“ sowie über „Heimatpolitik und Umsturzbewegung“ am Ende des Krieges, die, wie er es formulierte, eine „Fülle von geschichtlichem Quellenstoff“²¹¹ enthält, ist eine nicht zu unterschätzende Leistung. Philipp war sich durchaus darüber im klaren, daß der Ausschuß weniger unumstößliche historische Gewißheit produziert hatte, als vielmehr Material, das selber den Status einer historischen Quelle hat. So

²⁰⁸ Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 bis 1933 (wie Anm. 80), S. 211 f.

²⁰⁹ HANS DELBRÜCK, Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 178, Berlin 1919, S. 542–550, Zitate S. 543 f.

²¹⁰ Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 227; vgl. auch PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 95.

²¹¹ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 216 f., S. 241.

kann man sich dem Urteil Heinemanns über die Resultate des Vierten Unterausschusses anschließen: Sie seien „für den nachträglichen Betrachter von hohem heuristischen Wert, da sich hier das Spektrum der zeitgenössischen Stellungnahmen zum Zusammenbruch und zur Revolution exemplarisch widerspiegelt.“²¹²

Albrecht Philipp: Ein Vernunftrepublikaner?

Wie ist Albrecht Philipp im politischen Spektrum der Weimarer Republik und innerhalb seiner Partei, der DNVP, politisch zu verorten? Sind seine Memoiren ein Beispiel für die Entwicklungsgeschichte eines überzeugten Monarchisten zum ‚Vernunftrepublikaner‘?

Außenpolitisch gehörte Philipp innerhalb der DNVP zum rechten Flügel. Von seiner Ablehnung des Versailler Vertrages über die Ablehnung des Dawes-Plans und des Locarno-Paktes bis hin zur Ablehnung des Young-Plans zieht sich eine konsequente Linie kompromißlosen Kampfes gegen die von ihm scharf verurteilte „Erfüllungspolitik“.²¹³

Innenpolitisch gehörte Philipp dagegen zu jenem Teil der DNVP, der sich der konstruktiven Mitarbeit in der Republik nicht verweigerte. Daß beides oft nicht zusammenpaßte, erkannte Philipp zumindest rückblickend sehr klar. Einen Ausweg aus diesem grundsätzlichen Zwiespalt der DNVP vermochte aber auch er nicht aufzuzeigen. Deutlich wird dies bei seinem Verhalten in den großen reparationspolitischen Fragen. So lehnte er zwar Dawes- und Young-Plan ab, bedauerte aber im einen Fall den daraus resultierenden Machtzuwachs der radikaloppositionellen Kräfte in der DNVP, im anderen das Zusammengehen mit den Nationalsozialisten im Rahmen des Volksbegehrens. So konnte Philipp zwar für sich in Anspruch nehmen, nicht zu jenen von ihm gering geschätzten Deutschnationalen gehört zu haben, „die mehr an das Hemd auf dem Leibe als an den Rock dachten“ und aus innen- und wirtschaftspolitischen Gründen zu außenpolitischen Zugeständnissen bereit waren.²¹⁴ Über ein Konzept, Innen- und Außenpolitik zur Deckung zu bringen, verfügte aber auch er nicht. Er war Repräsentant des deutschnationalen Dilemmas.

Philipp war und blieb bis zum Ende seiner politischen Tätigkeit ein scharfer Gegner der Novemberrevolution – und damit eigentlich auch der Republik. Dennoch wandelte sich sein Verhältnis zum Staat von Weimar im Laufe der Jahre. Ein Meilenstein war dabei die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925. Das Amt des Reichspräsidenten, nach der Verfassung ohnehin schon als Ersatzkaiser konstruiert, wurde in Gestalt des Feldmarschalls endgültig zu einem Stück Monarchie innerhalb der Republik. Dies trug zu einer erhöhten Akzeptanz des Staates

²¹² HEINEMANN, Die verdrängte Niederlage (wie Anm. 198), S. 185; vgl. auch ebd., S. 190 zum „hoch zu veranschlagenden Quellenwert“ der publizierten Materialien.

²¹³ PHILIPP, Bilanz (wie Anm. 15), S. 18.

²¹⁴ Ebd., S. 21.

bei vielen Konservativen bei. Philipp gehörte zu dieser Gruppe. Auch der Respekt, den Philipp Friedrich Ebert zollte, spricht dafür, daß der selbst aus eher bescheidenen Verhältnissen stammende Philipp sich von den Monarchisten alten Schlages abhob, für die der Sattlermeister Ebert schon wegen seiner Herkunft als Präsident untragbar war. Philipp hob hervor, daß er solche Vorstellungen für überholt hielt. In seiner „Bilanz“ ließ er sogar anklingen, daß er es für sinnvoll erachtet hätte, wenn die DNVP ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie, wie man heute sagen würde, entkrampft hätte und zu partieller Zusammenarbeit mit ihr bereit gewesen wäre.²¹⁵

Für Philipp gilt, was im Hinblick auf seinen Parteifreund Hans Schlange-Schöningen gesagt wurde: Vor allem durch die Auseinandersetzung mit Hugenberg und dem ihm nahestehenden Flügel der DNVP wandelte er sich zu einem ‚Vernunftrepublikaner‘, sofern man darunter jene „realpolitischen“ Kräfte[n]“ in der Partei versteht, „die sich mit der Republik als einer einstweilen unabänderlichen Tatsache abgefunden hatten.“²¹⁶ Eine stärkere Hinwendung zur Republik von Weimar wird man nicht konstatieren können. Nicht zuletzt die Lektüre der Sippengeschichte aus dem Jahr 1938 läßt dies als abwegig erscheinen. Man wird aber die Zeitumstände, unter denen diese Schrift geschrieben und – im Gegensatz zu den Erinnerungen – gedruckt wurde, berücksichtigen müssen; Philipp versuchte wohl, sich dem NS-Regime anzupassen und präsentierte sich als entschlossenen Kämpfer gegen den Staat von Weimar, der er eigentlich nicht war. Gravierende Widersprüche sind hingegen, wenn man z. B. das Verschweigen einer Rednertätigkeit für die Vaterlandspartei nicht als solchen wertet, zwischen Erinnerungen und Sippengeschichte nicht festzustellen.²¹⁷

Wie für Schlange-Schöningen war jedenfalls für Philipp das Jahr 1930 ein „Bruch mit seiner bisherigen politischen Heimat“.²¹⁸ In den Memoiren wird dies u. a. daran deutlich, daß Philipp für die Zeit nach 1930 wiederholt von Hugenberg und seiner Partei sprach, mit der er sich selbst nicht mehr identifizierte.²¹⁹ Philipp hatte im Oktober 1928 für Hergt und gegen Hugenberg als Parteivorsitzenden gestimmt und im Juli 1930 gehörte er zu jenen DNVP-Abgeordneten, die sich offen dem alleinigen Führungsanspruch Hugenbergs und seiner Politik der Totalopposition gegen die Republik und der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten

²¹⁵ Vgl. Ebd., S. 28.

²¹⁶ WINKLER, Weimar (wie Anm. 87), S. 321. Zum Begriff Vernunftrepublikaner vgl. auch C. PAUL VINCENT, *A Historical Dictionary of Germany's Weimar Republic 1918–1933*, Westport/Connecticut, London 1997, S. 510 f.

²¹⁷ Dafür, daß Philipp einen solchen Widerspruch selbst nicht sah, spricht die Tatsache, daß er beide Schriften in seinen Nachlaß gab. Zur Frage von Philipps Engagement für die Vaterlandspartei vgl. oben, S. 184 f.

²¹⁸ Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, hrsg. von WOLFGANG BENZ/HERMANN GRAML, München 1988, S. 292.

²¹⁹ Vgl. PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 291, S. 299 f. Philipp zählte sich im Gegensatz zur Fraktion unter Hugenberg zu den „alten Deutschnationalen“; ebd.

verweigerten. Er stimmte im Juli 1930 gegen die Aufhebung der Brünningschen Notverordnungen und damit gegen den eigenen Parteivorsitzenden Hugenberg. Daß er damit das Ende seiner parlamentarischen Karriere in der DNVP, das sich bereits 1928 abgezeichnet hatte, besiegeln würde, ist Philipp wohl klar gewesen. In einem Beitrag für den „Erzgebirgischen Landwirt“ vom Tag nach der entscheidenden Abstimmung im Reichstag rief Philipp das „Sächs.[ische] Landvolk“, auf dessen Liste er in den Reichstag gewählt worden war, sogar zum Kampf „gegen die Deutschnationale Restpartei des Herrn Hugenberg“ auf, die nicht mehr die Interessen der Landwirtschaft vertrete.²²⁰ Um dem Ausschluß aus der Partei zuvorzukommen, trat Philipp aus der DNVP aus.²²¹ Einer neuen politischen Partei oder Gruppierung hat er sich in der Agonie der Weimarer Republik nicht mehr angeschlossen.²²²

IV. „Unter Hakenkreuz und unter Sowjetstern“ – Albrecht Philipp 1930–1953

Anders als es die Überschrift dieses vierten Abschnitts der Memoiren erwarten läßt, findet eine eingehende Auseinandersetzung Philipps mit den beiden Diktaturen in Deutschland, die er nun kennenlernen mußte, praktisch nicht statt. Vielleicht hielt Philipp dies für zu gefährlich. Den 23 Jahren zwischen seinem Ausscheiden aus dem Reichstag und der Niederschrift seiner Lebenserinnerungen widmete Philipp nur 89 Manuskriptseiten. Die Politik tritt darin weitgehend in den Hintergrund. Der Mord an den deutschen und europäischen Juden, für den auch der in der DNVP verbreitete Antisemitismus den Boden bereitet hatte, findet keine Erwähnung.

Es begann vielmehr „die sorgloseste und ruhigste Zeit“ seines Lebens; „sie war der Erziehung meiner drei Kinder gewidmet“.²²³ So resümierte Philipp das Jahrzehnt zwischen dem Ausscheiden aus der Politik und seiner Einberufung zur Wehrmacht 1941. Philipp wurde wieder Lehrer, zunächst in Leipzig, ab 1931 erneut in Borna.

Nachdem die Nationalsozialisten an die Macht gekommen waren, war er allerdings beruflichen Schikanen und Verdächtigungen ausgesetzt. So wurde er 1938 als Erster Fachlehrer für Geschichte an seiner Schule abgesetzt. In den Erinnerungen betonte Philipp wiederholt seine „kritische Stellung zum Nationalsozialismus“,²²⁴ den er als „Gehirnkrankheit [...], die sich in bedrohlicher Weise der Massen

²²⁰ SächsHStA Dresden, Nachlaß Philipp, Nr. 24, Entwurf mit Anschreiben an den Verband der Landwirte im Erzgebirge vom 19. 7. 1930.

²²¹ Dies wird nur in der Sippengeschichte, nicht jedoch in den Memoiren erwähnt; vgl. PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 101.

²²² Anders als sein Bruder Kurt, beteiligte sich Albrecht Philipp nicht mehr an der Gründung der Volkskonservativen Partei; vgl. PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 85.

²²³ DERS., Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 4, S. 21.

²²⁴ Ebd., S. 31.

bemächtigte“²²⁵ bezeichnete. Eine eingehende inhaltliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Weltanschauung oder der Politik des Hitler-Regimes findet in den Memoiren jedoch nicht statt. Die Mitgliedschaft in einigen NS-Massenorganisationen und der NSDAP angeschlossenen Verbänden wie dem Nationalsozialistischen Lehrerbund, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt oder dem Nationalsozialistischen Reichskriegerbund, in der „Sippengeschichte“²²⁶ von 1938 akribisch aufgelistet, wird in den nach dem Krieg verfaßten Memoiren verschwiegen. Erwähnt wird dort hingegen, daß „niemand auch nur einen Versuch“ unternommen habe, ihn zum Eintritt in die NSDAP zu bewegen.²²⁷

Im Januar 1941 wurde Philipp zur Wehrmacht eingezogen, der Abwehr beim Stellvertretenden Generalkommando des Wehrkreises IV zugeteilt und in einem Lager für gefangene französische Offiziere bei Hoyerswerda eingesetzt.²²⁸ Im Dezember 1943 wurde er aus der Wehrmacht entlassen, da er mit 60 Jahren die Altersgrenze erreicht hatte. Noch einmal kehrte Philipp in den Schuldienst zurück. Erst 1948 wurde er pensioniert.

Mit dünnen, vorsichtigen Worten beschrieb Philipp die Entstehung der DDR. Die Verwaltung sei nach „russischem Vorbild [...] umgeschaltet“ worden. Offensichtlich ist hier die gleichzeitige Anlehnung und Vermeidung des aus dem Wortschatz der Nationalsozialisten stammenden Begriffes der ‚Gleichschaltung‘. „Mit Hilfe der durch Vereinigung der kommunistischen und sozialistischen Parteien entstandenen Sozialistischen Einheitspartei (SED)“, so heißt es weiter, „wurde das politische Leben neu aufgebaut und hierbei den anderen, sogenannten ‚bürgerlichen‘ Parteien eine Aschenbrödelrolle zugeteilt. Erst unter dem Stichworte ‚Blockpolitik‘, dann unter der Flagge ‚Nationale Front‘ entstand eine sowjetgetreue Regierungsfront, die nach und nach von der russischen Militärverwaltung ein Hoheitsrecht nach dem anderen übertragen erhielt, bis die sowjetische Zone 1949 als ‚Deutsche Demokratische Republik‘ ihre eigene Gesetzgebung und Verwaltung einrichten konnte.“²²⁹

Am 30. Juni 1946 fand in Sachsen ein Volksentscheid über das „Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Nazi- und Kriegsverbrechern in das Eigentum des Volkes“ statt.²³⁰ Philipp hatte zwar gewisse „privatwirtschaftliche Bedenken“²³¹ dagegen, votierte aber dennoch für den Gesetzentwurf, obwohl immerhin 16,5 Prozent der Stimmberechtigten mit „Nein“ stimmten und damit zeigten, daß zum Zeitpunkt der Abstimmung, die „in festlicher Atmosphäre mit Musik und Fahنشmuck“²³² durchgeführt wurde, die ‚Gleichschaltung‘ der öffentlichen

²²⁵ Ebd., S. 36.

²²⁶ Vgl. PHILIPP, Die Sippe Philipp-Kleinwolmsdorf (wie Anm. 67), S. 103.

²²⁷ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 4, S. 34.

²²⁸ Vgl. Ebd., S. 41 f.

²²⁹ Ebd., S. 72 f.

²³⁰ Vgl. Geschichte Sachsens, hrsg. von KARL CZOK, Weimar 1989, S. 550.

²³¹ PHILIPP, Erinnerungen (wie Anm. 3), Bd. 4, S. 73.

²³² CZOK, Geschichte Sachsens (wie Anm. 232), S. 550.

Meinung in der bald entstehenden DDR noch nicht abgeschlossen war. Sein „Ja“ begründete Philipp damit, daß mit der Enteignung eine kraftvolle Absage an den „Faschismus“ verbunden gewesen sei und er geglaubt habe, mit einer solchen Absage das deutsche Volk einigen zu können. Der „Grundgedanke“ seines Abstimmungsverhaltens „war also der, daß ein einiges Deutschland, auch wenn es einen sozialistischen Einschlag hatte, mir lieber war als ein geteiltes Vaterland.“²³³

So begründete Philipp auch einen Beitrag für die Leipziger Volkszeitung, zu dem man ihn „veranlaßt“ habe. Sein publiziertes Bekenntnis gegen den „Faschismus“ hatte jedoch auch ganz pragmatische Gründe, die Philipp nicht verschwieg. Nach der Veröffentlichung seiner Erklärung bescheinigte ihm die SED in Borna, daß gegen ihn „politische Bedenken“ nicht bestünden. „Man hat mich seitdem von dieser Seite auch völlig in Ruhe gelassen“. Allerdings verzeichnete Philipp dennoch wiederholte Versuche, „mir wegen meiner politischen Vergangenheit Knüppel in den Weg zu werfen.“²³⁴ Dies habe er sofort nach der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit als Lehrer zu spüren bekommen. Philipp, der Mitglied der Ost-CDU wurde, wurde nämlich schon nach kurzer Zeit als kommissarischer Leiter der Schule in Borna abgesetzt. Im Januar 1947 verfügte die Schulaufsichtsbehörde, daß er nicht mehr Geschichte unterrichten dürfe. Dies geschah jedoch mit seinem Einverständnis, da er „Gewissenskonflikte“ vermeiden wollte: „Daß mein Unterricht in Geschichte [...] nicht den Wünschen der neuen Machthaber entsprach, wußte ich; andererseits konnte ich mir nicht zumuten, das zu verleugnen, was ich bisher als wissenschaftlich richtig erkannt und gelehrt hatte.“²³⁵ So kam die „Befreiung aus den immer lästiger gewordenen Fesseln des sowjetisierten Schuldienstes“ für Philipp „weder unerwartet noch unerwünscht“.²³⁶

Am Lebensabend standen diverse ehrenamtliche Tätigkeiten, u. a. als „Kreisfischmeister“ und als „Archivpfleger“, nicht zuletzt aber die Niederschrift der Lebenserinnerungen. Kurz vor seinem 79. Geburtstag ist Albrecht Philipp am 24. Januar 1962 in Borna gestorben.²³⁷

²³³ PHILIPP, *Erinnerungen* (wie Anm. 3), Bd. 4, S. 73.

²³⁴ Ebd., S. 74.

²³⁵ Ebd., S. 75.

²³⁶ Ebd., S. 82.

²³⁷ Sterbedatum nach MARTIN SCHUMACHER, M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, Düsseldorf ³1994, S. 366.